

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Sammthandschuhe.

Die Politik der Regierung bei der Frage der „Verzweigung“ des Sozialistengesetzes ist eine wohl durchdachte und offenbar darauf berechnet, harmlose Wohlthätigkeit in Sicherheit einzuwiegen. Wenn man die Rede des Ministers Herrfurth liest, so könnte man, wenn man keine politischen Erfahrungen hätte, leicht zu dem Schlusse kommen, als würde das Gesetz nur „im äußersten Nothfalle“ angewendet und es würden nur „wirkliche Umsturzbestrebungen“ mit demselben bekämpft. Der Minister erkannte die sozialistische Bewegung als eine geistige Macht an und ist selbst davon überzeugt, daß polizeiliche Mittel nicht ausreichen, um den geistigen Gehalt einer solchen Bewegung zu verdrängen. Dazu kommt, daß berichtet wird, es sei einigen Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden; zu gleicher Zeit wird bekannt, daß die Verbote zweier sozialistischer Landesversammlungen von den Behörden wieder aufgehoben worden sind und obendrein hat die Reichskommission das Verbot einiger Vereine und Druckschriften zurückgenommen.

Das ist ganz gut soweit. Aber das muthet man uns an zu glauben, daß die sanften Reden des Herrn Ministers und die Korrekturen behördlicher Verbote gerade in diesem Augenblick zufällig zu Stande gekommen sind?

Wir glauben es nicht, wenn es auch sonst Leute geben würde, die in den angeführten Thatsachen den Beweis einer „wahren Praxis“ erblicken. Diese Leute werden ihre Verantwortlichkeit noch bereuen.

Das Sozialistengesetz läßt eben jede Art von Praxis heute eine milde, morgen eine harte. Wenn heute die Regierung mit Sammhandschuhen daherkommt, so hat das seinen ganz besonderen Zweck. Man will den Nationalliberalen die Zustimmung zu dem „ewigen“ Sozialistengesetz erleichtern.

Haben wir nur erst einmal das Sozialistengesetz auf immer, denken die Herren an den grünen Tisch, dann können wir damit machen, was wir wollen, und können sagen, was eine Harle ist.

Wir sind in solchen Dingen unverbesserliche Pessimisten, und wahrlich, wir haben Grund dazu. Mehr Jahre hat man in Deutschland das „System Puttkamer“ empfunden und die Wunden, die es geschlagen, sind noch nicht geheilt. Was schützt uns davor, daß das System Puttkamer wieder in seiner vollen Härte kommt? In seinen Grundzügen ist es ohnehin niemals bestritten worden.

Wenn der Herr Minister Herrfurth sagte, es seien in der letzten Zeit in den „belagerten“ Orten keine Ausweisungen vorgekommen, so ist das kein Schutz gegen künftige Ausweisungen. Wenn man es fertig bringt, wie 1886 ge-

schah, und zwar zu Frankfurt am Main, einer großen Anzahl von Einwohnern das Ausweisungsbekret als Weihnachtsgeschenk zu überreichen — wohl eine der brillantesten Leistungen des Systems Puttkamer —, so reicht diese Thatsache allein völlig hin, um den verständigen Mann mit vollem Mißtrauen gegen die soeben vorgezeigten Sammhandschuhe zu erfüllen.

Ohnehin — was besagen allgemeine Versprechungen — sie mögen noch so gut gemeint sein — bei einem solchen Gesetze? Angesehene Juristen, scharfsinnige und erfahrene Politiker, Autoritäten aller Art haben von vornherein und wiederholt erklärt, die Wirkungen eines solchen Gesetzes seien unberechenbar. Die Praxis hat dies vollständig erwiesen. Das Gesetz giebt namentlich den mittleren und unteren Behörden eine Machtvollkommenheit in die Hand, die sie in den Stand setzt, wenn sie wollen, die betroffene Partei von dem öffentlichen und politischen Leben schier völlig auszuschließen. Wenn dann auch manchmal Korrekturen von Oben kommen, so kommen sie gewöhnlich zu spät, und es besteht bei den oberen Behörden eine natürliche Abneigung dagegen, die unteren Behörden zu korrigieren.

Nein, wir lassen uns nicht irre machen. Die Aufhebung der Fristbestimmung wird nicht zu dem Zweck verlangt, wie behauptet wird, um die Debatten über das Gesetz unmöglich zu machen, denn man weiß ganz gut, daß sich die Debatten über das Gesetz aus dem Reichstage nicht verbannen lassen werden. Auch können unsere Staatsmänner kaum im Ernste verlangen, daß ein Parlament über ein Gesetz mit so einschneidenden Wirkungen schweigen soll. Die Kulturkampfgesetze wurden auf die Dauer gemacht und es hat wahrlich Kulturkampfdebatten genug gegeben.

Die Abschaffung der Zeitbestimmung soll eben der Regierung völlig freie Hand in der Anwendung des Sozialistengesetzes lassen. Bisher mußte die Regierung darauf bedacht sein, das Gesetz so anzuwenden, daß sie mit der Reichstagsmehrheit im Einverständnis blieb; sie mußte sich deren Zustimmung für die Verlängerung sicher stellen. Dies ist der Regierung lästig und dessen will sie überhoben sein. Das ist der ganze Grund.

Mit der Aufgabe der Fristbestimmung giebt man unbekanntem künftigen Regierungen und ihren Unterbeamten völlig freie Hand, die Parteien zu treffen, wie sie wollen. Das Sozialistengesetz wird dann zum „Gesetz gegen die Opposition“, wenn die Verantwortlichkeit der Regierung, die in der Fristbestimmung bestand, hinwegfallen soll.

Dann können Zeiten kommen, da die Sozialisten unter dem Sozialistengesetz weniger zu leiden haben als andere Leute.

„Also nehmen Sie das Geld?“ rief der Kassirer ungeduldig: „Sie sehen, daß Andere warten; wenn Sie nicht wollen, sagen Sie es!“

Und als Mahau sich endlich entschloß, mit seiner groben zitternden Hand das Geld zusammenzuraffen, setzte Jener hinzu:

„Warten Sie, ich habe hier Ihren Namen: Louffaint Mahau, nicht wahr? Der Herr Generalsekretär will mit Ihnen sprechen, treten Sie ein, er ist allein.“

Mahau kam wie betäubt in ein Kabinett, welches mit altem Mahagoni möblirt und mit verbläuten Kippvorhängen, drapirt war; dort hörte er fünf Minuten lang den Generalsekretär an, welcher, ohne sich zu erheben, über seine Papiere hinüber zu ihm sprach. Er verstand nicht alles; die Worte schwirrten vor seinen Ohren, und er begriff nur, daß es sich um seinen Vater handle, dessen Abschied in Erwägung gezogen sei, und zwar mit einer Pension von einhundertfünfzig Franks für eine Dienstzeit von über vierzig Jahren. Dann schien ihm die Stimme des Sekretärs härter zu werden. Es war eine Art Verweis. Man warf ihm vor, sich mit Politik zu befassen, spielte auf seinen Pensionär an und auf die Hilfsklasse, und rieth ihm endlich, er, einer der besten Arbeiter der Grube, möge sich nicht mit solchen Thorheiten kompromittiren.

Er wollte sich verteidigen, aber er brachte nur unzusammenhängende Worte hervor, drehte seine Mütze verlegen in den feberhaft spielenden Fingern und zog sich zurück, in dem er stotterte:

„Gewiß, Herr General-Sekretär . . . Ich versichere Sie, Herr General-Sekretär . . .“

Als er draußen Stephan fand, der ihn erwartete, brach er los:

„Ich bin ein vernageltes Rindvieh! Ich hätte antworten sollen! Kein Brot und noch obendrein Vorwürfe! . . . Ja, auf Dich ist's gemünzt; das Dorf ist verführt, sagte er. . . . Und was soll man machen? Sich ducken, schön Dank sagen, das ist das Klügste.“

## Politische Uebersicht.

Von der nationalliberalen Parlamentsmüdigkeit giebt folgender Mahau der „Magd. Zig.“ Kenntniß:

Es ist zweifellos, daß der Reichstag in dieser Session seit der Präsidentenwahl nicht wieder in beschlußfähiger Anzahl versammelt war. Wenn sich die Abgeordneten nicht bald entschließen, ihrer Pflicht gemäß ihre Plätze im Reichstage einzunehmen und für die Beschlußfähigkeit zu sorgen, so wird dies, ganz abgesehen von der Verzögerung der Berathung, zu höchst unliebsamen Zuständen führen. Die Linke ist entschlossen, bei jeder Gelegenheit, wo ihren Anträgen von der Rechten Schwierigkeiten bereitet werden, die Auszählung des Hauses zu beantragen. Hoffentlich werden die besorgenden wichtigen Staatsberathungen vor besser besetzten Bänken stattfinden.

Uebrigens war der Reichstag nicht nur bei der Präsidentenwahl beschlußunfähig, sondern auch während der ganzen Dauer der Verhandlungen über das Sozialistengesetz. Was das bedeuten will, haben wir unseren Lesern schon öfter auseinandergesetzt.

In dem Froshmäuslerkrieg der Kartellparteien unter sich wird, aller Voraussicht nach, der „Sozialdemokratische“ Artikel des „Leipziger Tageblatt“ über und gegen die Kornzölle, dessen wir getreuer Erwähnung gethan, eine tragikomisch-verhängnißvolle Rolle spielen. Das offizielle Organ der sächsischen Konservativen, das „Vaterland“ hat in seiner letzten Nummer dem „Tageblatt“ die Pistole auf die Brust gesetzt: „Entweder den Artikel verleugnen, oder — oder —“ das heißt Rühmung des Kartells, und was würde aus den armen Nationalliberalen werden, wenn die Konservativen sie im Stich ließen?

Bis dato hat das „Leipziger Tageblatt“ noch nicht geantwortet, schweig aber Angst.

Eine Berechnung der muthmaßlichen Einnahmen an Eingangszöllen im Staatsjahre 1890/91 für diejenigen Artikel, bezüglich deren durch die Gesetze vom 24. Juni, 9. Juli und 21. Dezember 1887 eine Veränderung in den Zolltarifen eingetreten ist, ist der Budgetkommission des Reichstages zugegangen. Nach § 44 des Gesetzes vom 24. Juni 1889, betr. die Besteuerung des Branntweins, war der durchschnittliche jährliche Zollertrag 4 386 418 M., der muthmaßliche Zollertrag 1890/91 6 120 980 M. Nach § 1 des Gesetzes vom 9. Juni 1887, betr. die Besteuerung des Zuckers, war der durchschnittliche jährliche Zollertrag 510 416 M., der muthmaßliche Zollertrag 1890/91 68 564 906 M. Im Ganzen war der durchschnittliche jährliche Zollertrag auf 56 472 444 M., der muthmaßliche Zollertrag 1890/91 auf 75 335 148 M. geschätzt, die muthmaßliche Mehreinnahme pro 1890/91 betrug demnach 18 862 704 M.

Die nach dem Unfallversicherungsgesetz dem Reichstage zugestellte Nachweisung der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Rechnungsjahr 1888 hat schon deshalb einen größeren Umfang angenommen, wie in den Vorjahren, weil diesmal zuerst die Ergebnisse von 22 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften,

Mahau schwieg, von Zorn erfüllt und auch von Furcht. Stephan brütete mit finsterner Miene, während sie die Gruppen der auf der Straße stehenden Arbeiter durchschritt. Verzweiflung malte sich auf allen Gesichtern; ein wachendes Murren ging durch die Menge; aber keine heftige Bewegung sah man; es war die dumpf gährende Empörung einer kompakten Masse. Einige, die es verstanden, hatten nachgerechnet, und die zwei Centimes, welche die Kompagnie an jedem Karren gewann, erhitzte die Köpfe. Aber noch mehr regte sie die durch Feiertage und Strafgeelder geschmälerete Löhnung auf. Schon jetzt hatten sie nicht genug zum Leben, was sollte nach der Herabsetzung des Tarifes aus ihnen werden? . . . In den Schänken ging es lauter zu. Der Sammer dörrte ihnen die Kehlen, so daß ihr geringer Lohn noch zum großen Theil in Bier umgesetzt wurde.

Auf dem Heimwege wechselten die beiden Männer nicht ein Wort. Als Mahau ins Zimmer trat, sah seine Frau sofort, daß er ihre Bestellungen nicht ausgeführt, und rief schmolldend:

„Ah, das ist nicht hübsch von Dir! Wo ist mein Kaffee und mein Zucker? Und ein Stück Kalbsfleisch hätte Dich gewiß auch nicht zu Grunde gerichtet!“

Er antwortete nicht, ersticht von der gewaltsam bekämpften Bewegung, die ihm die Kehle zuschnürte. Aber plötzlich brach es durch das in den Bergen hartgearbeitete Gesicht des Mannes wie ein Uebermaß von Verzweiflung; warme Thränen regneten hastig über seine schalen Wangen, er sank auf einen Stuhl, und schluchzend wie ein Kind warf er die fünfzig Franks auf den Tisch und sammelte:

„Da . . . Das bring ich Dir für die Arbeit von uns Allen.“

Die Naheude blickte Stephan an, der stumm und muthlos da stand; dann weinte auch sie; Wie sollen neun Personen mit fünfzig Franks vierzehn Tage leben? Der älteste Sohn hat sie verlassen, der Großvater kann nicht mehr die Beine bewegen! . . . O Elend, wie wird das

## Feuilleton.

### Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Wichtig autorisirte Uebersetzung von Ernst Siegler.

„Verzeihen Sie, mein Herr,“ stotterte Mahau, „haben Sie sich nicht getäuscht?“

Eine erstarrte Kälte war ihm bis zum Herzen gedrungen und er blickte auf das wenige Geld, ohne die Hand danach auszustrecken. Gewiß, er hatte sich auf einen geringen Lohn gefaßt gemacht, aber so wenig konnte es doch nicht sein; oder er müßte sich verrechnet haben? Wenn er, Zacharias, Stephan und den dritten Kameraden, der Chaval respekt, bezahlt haben wird, bleiben ihm höchstens fünfzig Franks für sich, den Vater, Jeanlin und Käthchen.

„Nein, nein, ich habe mich nicht geirrt,“ antwortete der Beamte, „Sie müssen zwei Sonntage abrechnen und vier Tage, an denen gefeiert worden; es bleiben also neun Arbeitstage.“

Mahau machte leise seine Rechnung: Neun Tage trugen ihm ungefähr dreißig Franks ein, Katharina achtzehn und Jeanlin neun; der Alte hatte nur drei Tage gearbeitet, aber wenn er die neunzig Franks von Zacharias und den beiden anderen Häuern dazu rechnete, mußte sicher mehr herauskommen.

„Und vergessen Sie die Strafgeelder nicht!“ fuhr der Beamte fort, „zwanzig Franks Strafe für schlechte Verpönerung.“

Der Häuer machte eine verzweifelte Geberde. Zwanzig Franks Strafe, vier Feiertage, ja das stimmte. . . . Und wenn man manchmal der Familie einhundertfünfzig Franks heimgebracht, als Donnemort noch arbeitete und Zacharias noch im Hause war!

der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaft in dieselbe einbezogen sind. Es waren demnach 5 576 765 landwirtschaftliche Arbeiter in den 22 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gegen Unfälle versichert gewesen. Die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfassten im Jahre 1888: 4 320 663 Personen, so daß insgesamt 9 897 428 Personen versichert waren. Die 86 vorhandenen gemischten Berufsgenossenschaften haben umfaßt: 915 Sektionen; 929 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5274 Mitglieder der Sektionsvorstände, 15 236 Vertrauensmänner, 125 angestellte besoldete Beauftragte (Revisionsingenieure etc.), 973 Schiedsgerichte und 3911 Arbeitervertreter bei 3 398 704 Betrieben. An Entschädigungsbeträgen sind 8 705 648,85 M. gegen 5 373 496,46 M. im Jahre 1887 und an laufenden Verwaltungskosten 3 486 729,13 M. gegen 2 897 165,87 M. gezahlt worden. Die weiteren Ausgaben an Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten betragen 845 139,86 M. (gegen 725 619,66 M. im Jahre 1887). Dazu kommen an Kosten der ersten Einrichtung, sowie Ausgaben auf Grund übernommener Unfallversicherungs-Verträge 245 773,49 M. (225 673,92 M.). In den Referenzfonds sind für 1888 bis zu dem 15. August 1889: 12 825 379,21 M. (9 935 438,94 M.) eingelegt worden. Der Gesamtbetrag des Referenzfonds der 86 Berufsgenossenschaften beläuft sich auf 28 412 028,82 M. (15 720 841,66 M.). Sodann sind für 1888 bei 178 (48) Ausschussbehörden der Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalbetriebe mit 174 (47) Schiedsgerichten und 954 (440) Arbeitervertretern bei 446 250 (259 977) versicherten Personen an Entschädigungsbeträgen 958 413,54 M. (559 433,62 M.), an Verwaltungskosten 2 847,74 M. (560,39 M.), an anderen Kosten 20 692,89 M. (15 209,15 M.), im Ganzen 979 954,17 M. (575 203,16 M.) vorausgibt worden. Von den 13 Versicherungsanstalten der Bau- und Bergbau-Berufsgenossenschaften wurden insgesamt 223 378,28 M. ausgegeben, denen an effektiven Einnahmen 737 843,20 M. gegenüberstehen.

Die Zahl der neuen Unfälle, für welche im Jahre 1888 Entschädigungen festgestellt wurden, beläuft sich für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 19 617 (15 970), für den Bereich der Ausführungsbehörden auf 1440 (1132), für den der Versicherungsanstalten auf 179 zusammen auf 21 236 (17 102). Die Anzahl sämtlicher im Jahre 1888 überhaupt zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt zusammen 138 057 (115 475). Für Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit waren in 2216 (3166) Fällen, für Unfälle mit tödlichem Ausgang in 3692 (3270) Fällen Entschädigungen festzusetzen. Die Zahl der von den getödteten Personen hinterlassenen entschädigungsberechtigten Personen beträgt 2406 (2143) Wittwen, 5173 (4723) Kinder und 185 (217) Waisen, im Ganzen 7764 (7083).

Für den neuen Kaiserpalast in Frankfurt a. M. wird in der „Post“ eine nachträgliche Begründung beizubringen versucht. Es wird darin auseinandergesetzt, daß Kaiser Wilhelm I. nach Einverleibung der Stadt Frankfurt in den preussischen Staat die Aneignung des ehemaligen Bundespalastes und den Bau eines neuen Schlosses abgelehnt habe. Er habe sich mit der Einräumung eines Absteigequartiers in dem damaligen Postgebäude begnügt, weil eine größere oder längere Hofhaltung für Frankfurt doch nicht in Aussicht stehen würde. Für gewöhnliche Reisen böte dann das daneben belegene Hotel de Russie Gelegenheit zur Entnahme der Speisen, zur Logierung der Damen, Herren und Gefolge und Unterbringung der Dienerschaft. Es seien dann zwei Wohnungen für den Kaiser und die Kaiserin eingerichtet worden, verbunden durch zwei Säle, denen sich zwei Vorzimmer anschlossen. Auch habe eine kleine Oekonomiegelegenheit nicht gefehlt. In dem Artikel der „Post“ heißt es dann weiter: „Der Hofverwaltung wird das jetzige Absteigequartier wohl auch für die Folge genügen, wenn gleich das Eingehen des daneben belegenen Hotel de Russie eine große Unbequemlichkeit im Gefolge hat; ihr kann also an Ueberweisung einer neuen Wohnung gar nichts gelegen sein; im Gegenteil, die Einrichtung der neuen Wohnung würde immerhin für sie, auch wenn die Möbel der alten Wohnung dazu verwendet werden, nicht mit unbedeutenden, ganz nutzlosen Kosten verbunden sein.“ Hierzu bemerkt die „Frei. Zig.“: Wenn der Hofverwaltung auch das jetzige Absteigequartier genügt, so ist erst recht kein Grund einzusehen, ein neues weit größeres und kostbarer in dem neuen Gebäude zu errichten. Wo wird allen Theilen am einfachsten dadurch Genüge geschehen, daß man es läßt, wie es ist und das neue Postgebäude einzig und allein politischen Zwecken dienstbar macht. — Der Gedanke des neuen Kaiserpalastes scheint nach Vorstehendem weniger von der Hofverwaltung ausgegangen, als dem schöpferischen Geist des Herrn v. Stephan entsprungen zu sein.

Der Nachtragat für die Expedition des Hauptmanns Wischmann beläuft sich dem „Frankf. Journ.“ zufolge auf 1 950 000 M. Die zwei Millionen, welche der Reichstag bewilligt hatte, sind aufgebraucht. Die Lohnansprüche der Regier stellen sich doppelt so hoch, wie angenommen worden war; auch mußten 800 statt 600 angeworben, sowie die Weiber und Kinder der Schwarzen mitgenommen werden, was die Transportkosten erhöhte. Hierzu kommen die größeren Kosten für die

Ausrüstung der Schiffe Wischmann's, die infolge Fehlens einer deutschen Dampferlinie nach Sansibar eingetretene Nothwendigkeit des Charterens noch weiterer Transportschiffe, endlich das Steigen der Kohlenpreise und die durch die Blockade hervorgerufene Vertheuerung aller Lebensmittel und Proviantsgegenstände. Inzwischen hat sich die Nothwendigkeit ergeben, die Truppe um weitere 300 Schwarze zu verkleinern und infolge der künftigen Kämpfe zahlreiche Nachschübe von Offizieren, Mannschaften und Kriegsmaterial vorzunehmen. Der Betrag von 1 950 000 M. soll in den Etat von 1890/91 eingestellt werden und im Wege der Erhöhung der Matrifularbeiträge Deckung finden.

Der Korrespondent des „New-York Herald“ in Sansibar meldet, Hauptmann Wischmann habe ihm sagen lassen, er könne mit seiner Expedition, welche Stanley und Emin Pasha, Chinin, Tabak und andere Lebensmittel zuführen soll, landaufwärts gehen. Wischmann wolle ihm ein besonderes Schutzgeleit geben, unter der Bedingung, daß er die deutsche Flagge entfalte. Die deutsche Regierung habe Wischmann beauftragt, dem Korrespondenten des „Herald“ jedweden Beistand zu gewähren. Bei der Wiedereroberung von Saadani hat Hauptmann Wischmann einen Verlust von zwei Todten und vier Verwundeten erlitten.

Es besteht zur Stunde noch keine Gewißheit, ob Karl Peters das abenteuerliche Unternehmen, das als ein Versuch zur Rettung Emin Pasha's ausgegeben worden ist, wirklich mit dem Leben gebüht hat. Nach den letzten Nachrichten ist die Möglichkeit noch nicht absolut ausgeschlossen, daß er noch lebt. Es wäre wirklich ein tragisches Schicksal, wenn dieser Mann, dem längst nicht mehr die offiziöse und offizielle Gunst leuchtet, gerade zu dem Zeitpunkte aus dem Leben geschieden wäre, wo das System überseeischer Erwerbungen, dessen markantester Vertreter er war, zur Herrschaft und offiziellen Anerkennung kommt. Darüber darf man sich doch nicht täuschen, daß die vom Reichskanzler einst als die für Deutschland einzig berechnete Form der Kolonialpolitik proklamirte Erwerbungen und Verwaltung überseeischer Gebiete durch „fürstliche Kaufleute“ endgiltig verlassen worden ist, und daß ganz im Sinne des Herrn Peters die Eroberung und Behauptung mit Waffengewalt und die Verwaltung durch staatliche Beamte an ihre Stelle getreten ist. Der Verlauf der Dinge in Ostafrika könnte gar nicht anders sein, wenn statt des Reichskanzlers der jetzt todgelagerte erste „Erwerber“ des ostafrikanischen Gebietes den Plan dazu entworfen hätte; und wenn er noch am Leben ist, so wird sein größter Schmerz sein, daß sein einziger Nebenbuhler Wischmann und nicht er die Siege erringt und das mit bewußtem Stolz in wirklamer Kürze abgefaßte Telegramm sendet: „Unbehelligt zur Küste zurückgekehrt, die Karawanenstrahlen sind frei.“ Nebenbei bemerkt, Karawanenträger, auf denen keine Deutschen, auch keine fürstlichen Kaufleute ziehen. Es wird im Reichstage bald zu Verhandlungen über die Kolonialpolitik kommen, dann wird, wie etwa noch gemeißelt hätte, erfahren, daß wir definitiv zum System der Eroberungen und militärischen Besetzung übergegangen sind; und diejenigen, die unter dem Vorwande der Bekämpfung des Sklavenhandels sich zur Bewilligung der ersten unscheinbaren Mittel haben bewegen lassen, werden nothgedrungen das Größere, was folgt, bewilligen müssen. Welcher moderne Staat ließe denn, was er mit Waffengewalt erobert hat, fahren, selbst wenn es werthlos und kostspielig ist und auf so fragwürdiger staatsrechtlicher und politischer Grundlage beruht, wie unsere Eroberungen in Ostafrika. Die letzten Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages haben bewiesen, daß der Uebergang zu dem sogenannten französischen System der Kolonialpolitik sich unausföhrlich vollzieht. Das Schutzgebiet von Neu-Guinea, das einzige, wo man bisher von der Thätigkeit fürstlicher Kaufleute sprechen konnte, wird in staatliche Verwaltung übernommen, wenn auch zunächst in unscheinbarer, zu wenig verpflichtender Form. Für Südwestafrika, das heute nicht weithöher ist, als es zu Lüderitz' Zeit war, wird die Schutztruppe vergrößert, und Herr Wörmann, einer von den fürstlichen Kaufleuten, hat in der Kommission offen erklärt, daß der Kaufmann überseeische Gebiete nicht verwalten könne, sondern daß dies vom Reiche geschehen müsse. Einen wirksamen Widerstand im Reichstage gegen diese Form der Kolonialpolitik, giebt es nicht mehr, seitdem das Zentrum durch den klugen Gebrauch, den der Reichskanzler von dem Kardinal Lavignerie gemacht hat, eingefangen worden ist.

Aus Westpreußen, 9. November. Der Abgeordnete Reichensperger führte in der Reichstagssitzung vom 5. d. M. aus, daß die Unternehmer einen unverantwortlichen Mißbrauch mit dem Koalitionsrechte trieben; dagegen sollte man „draconische“ Befehle erlassen. Auch auf hiesige Verhältnisse passen diese Ausführungen, denn in unserer Provinz bildet sich ein „Ring“ nach dem andern. So haben kürzlich die Milchproduzenten „Ringe“ gebildet und eine Preissteigerung von 25 pCt. angekündigt. Jetzt bilden auch die Schmiedemeister im Kreise Schwes einen „Ring“; sie haben sich bei Vermeidung einer an die Innungskasse zu zahlenden Strafe verpflichtet, Duschlagarbeiten nicht mehr kontraktlich im Voraus zu übernehmen und gewisse Schmiedearbeiten nur zu den festgesetzten Preisen

zu liefern. Auch die Gutsbesitzer bilden einen „Ring“ mit ihren Beamten und Arbeiter. Dadurch werden namhafte Erntere, wenn sie sich bei den „Herren“ unbedeuten gemacht haben, schwer geschädigt, da sie keine Stellungen mehr erhalten können.  
Elsfeld, 10. November. Heute tagte hier der Reichstag der sozialdemokratischen Wähler Rheinlands und Westfalens. Zu demselben waren zahlreiche Personen aus sämtlichen Wahlkreisen beider Provinzen, im ganzen 58 Orten, erschienen. Zu der allgemeinen Versammlung, die Vormittags auf dem Johannisberge abgehalten wurde, nahen sich gegen 2500 Personen eingefunden. Nach der Wahl, durch welche Abgeordneter Harm-Elsfeld und Herr Händler Siebel-Dortmund zu Schriftführern berufen wurden, sprach Reichstagsabgeordneter Schumacher-Solingen über die Thätigkeit des Reichstages und die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen. Der Redner betonte namentlich die Wichtigkeit der Militärlasten, die Sozialreform, insbesondere das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, welchen beiden Gebieten man doch im großen und ganzen Sympathien abgeben müsse, wenn man auch im einzelnen mit manchem einverstanden sei, weiter die Alters- und Invalidenversicherung, die er zwar im Grundgedanken ebenfalls anerkannte, aber ihrer ganzen Ausführung als völlig unzulänglich und unzulänglich angriff. Ferner wandte er sich gegen die Zollgesetzgebung, hauptsächlich gegen die Getreidezölle, kam ferner auf den Kulturkampf zu sprechen und betonte den Standpunkt der Sozialdemokraten: Trennung von Staat und Kirche und die Abkehr von der Religion als eine Privatangelegenheit, durch welche die Arbeiter nicht länger trennen lassen dürften, besonders Bergarbeiter, wenn sie etwas erreichen wollten. Zum Schluß erörterte der Redner noch eingehend die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit und trat der Richtung der Arbeiterbewegung entgegen, welche einer Beschränkung der Frauenarbeit abgeneigt sei und die Ansicht vertritt, erst wenn die Frauen in die Fabrik gehen, fange die Emanzipation an. Er forderte die Arbeiter zu thätiger Agitation zum Festhalten an dem Programm der Partei auf, er werde trotz aller Verfolgungen, Unterdrückungen und Verhinderungen die Stimmzahl der Sozialdemokraten sich am Wahltag verdoppeln, ja verdreifachen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß von dem Reichstag in seiner jetzigen Zusammenfassung das Volk in seiner Gesamtheit eine durchschlagende Reform weder auf politischem noch wirtschaftlichem Gebiete erwarten ist — Beweis: Alters- und Invalidengesetz, Miethengesetz, Kornzölle —, erklärt der Parteitag der sozialdemokratischen Wähler von Rheinland und Westfalen: es ist die Pflicht aller Parteigenossen, für die sozialdemokratischen Kandidaten bei der nächsten Wahl nach Kräften einzutreten.“  
In der nächsten Wahl nach Kräften einzutreten.“  
Inthunlich überall eigene Kandidaten aufgestellt und Kommittees mit anderen Parteien nicht geschlossen werden; für das Wahlgebiet wurde empfohlen, einen Bergarbeiter aufzustellen, gehend kam die Frage der Agitation zur Erörterung, die Wort und Schrift thätig einzuwirken werden soll. Die letzte Herausgabe einer besonderen Flugchrift für die Provinzen für die Wahlzeit wurde aus verschiedenen Orten abgelehnt; es soll namentlich in den einzelnen Orten eine Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse mit Flugblättern vorgenommen werden.

### Frankreich.

Amliche Unterstützung von Arbeitern. In Deutschland kann dergleichen nicht kommen; um so etwas zu finden, muß man in ein fremdes Land gehen. Wie wir aus der letzten Nummer der „Action sociale“ von Lyon ersehen, hat Eduard Bailly, Pariser Gemeinderath den Antrag gestellt, die Streikenden von Cours 5000 Fr. und denen des Nordens 10 000 aus der städtischen Kasse zu geben. Der Antrag ist vor eine Kommission verwiesen worden, und wird, wie die „Action sociale“ meint, sicher bewilligt werden. Begründete in beiden Fällen seinen Antrag damit, die Arbeiter durch die Arbeitgeber zum Streik gezwungen worden sind, und daß die Arbeitgeber jede Konzeßion weigert haben und von einer schiedsrichterlichen Entscheidung nichts wissen wollen.

Die französischen Sozialdemokraten in Lille eine Genossenschaftsdruckerei gegründet, in welcher eine Zeitung und Broschüren hergestellt werden sollen. Es ist eine ziemlich beträchtliche Summe für diesen Zweck zusammengekommen, und zwar — was ein sehr gutes Zeichen und in Frankreich neu ist — nicht durch die Beiträge einiger wenigen wohlhabenden Genossen, sondern durch Beiträge aus einem größeren Kreise. Es geht jetzt über die Parteiorganisation in Frankreich recht erfreulich voran. Die Einigungsversuche, von denen wir schon wiederholt gesprochen, sind über alles Erwarten erfolgreich, und haben in Paris, wo als Gegenpart gegen den Boulangerismus die Possibilismus (richtiger: der pseudo-sozialistische Opportunismus) besonders tiefe Wurzeln gefaßt hatte, sehr gute Aufnahme unter den Arbeitermassen gefunden.

Zwei Tage später gab's etwas Anderes. Am Montag und Dienstag, während man Jeanlin im Boreux zur Arbeit glaubte, war er mit Robert und Lydia im Wald von Benbame herumgestrichen, um, weiß Gott, welche Dummheit und schlechten Streiche zu vollführen. Jeanlin bekam eine kräftige Bückstichung. Die Mutter legte ihn vor der Thür in Gegenwart der erschreckten Dorfjugend über ein Feuer und bläute ihm das Leber durch.

„Hat man jemals so etwas erlebt! Seit das die Welt ist, kostet es Einem Geld und jetzt, wo es so theuer ist, treibt es sich herum!“

Diesen zornigen Schrei der Frau durchzitterte die Erinnerung an die eigene Kindheit, und ein schmerzlicher Jammer klang daraus, eine bittere Anklage des Schicksals, das sie schon als Kinder zur Arbeit verdammt. Am Morgen, als Räte und die Männer in die Grube gingen, richtete sich die Maheude in ihrem Bette auf und schaute Jeanlin nach:

„Höre, Du nichtswürdiger Bengel, wenn Du noch einmal untersteht heranzukommen, so prügle ich Dich mit dem Leibe!“

In dem neuen Arbeitsplatze Maheu's lag die Luft so dünner Schicht, daß die darin klopfenden Häuer die Ellenbogen noch stießen; auch wurde es zusehends wärmer, und man fürchtete stündlich, daß ein Grundwasser ausbrechen und die Männer fortzuschwimmen könnte. So wie in der vorigen Lage war Stephan, wie er seine Haut in den kalten Wasserstrahl ins Gesicht geschleudert worden. Aber dies war nur eine Warnung gewesen, man nicht beachtete. Der junge Mann fürchtete nicht mehr die möglichen Unfälle, sondern arbeitete so los wie seine Kameraden, unbekümmert um die Gefahr, schlummernde Gefahr. Nur an gewissen Tagen, wenn die Flammen der Lampen bleicher und blauer brannten, die Häuer ängstlich das Ohr an die Kohlenwand und den Geräusch des Gases, welches kleine Luftblasen in die Luft schlug und zischend durch die Spalten fuhr. Die größte Gefahr waren die Erdstürze, denn selbst wenn man von der eilig und unzureichend gemachten Verjüngung

enden? Azire warf sich an die Brust der weinenden Mutter; Leonore und Heinrich schluchzten, und die kleine Estelle heulte jämmerlich.

Bald hörte man durchs ganze Dorf denselben Unglücksruf. Die Männer waren heimgekommen, und in allen Häusern gab's ein Jammern und Weinen über die geringe Löhnung. Die Hausthüren wurden aufgerissen und die Frauen schrien auf die Straße hinaus, als wenn ihre Wehklage nicht mehr Raum gehabt hätte unter dem niedrigen Dache. Ein feiner Regen sprühte. Sie fühlten ihn nicht; sie zeigten einander den Lohn, den sie in der hohlen Hand hielten.

„Seht, das haben sie ihm gegeben, ist es nicht zum Verdrüßwerden?“

„Und ich, ich hab' nicht einmal soviel, daß ich das Brod zahlen kann, welches ich seit zwei Wochen schuldig bin!“

„Aber ich, schaut doch her, ich werde mein Brod verkaufen müssen.“

Die Maheude war, wie die Anderen, vor die Thüre getreten. Eine Gruppe hatte sich um die Levaque gebildet, die lauter wie alle Anderen klagte, denn ihr lieberlicher Mann war noch gar nicht heimgekehrt, und sie ahnte, daß sein Lohn, ob er groß gewesen oder klein, im „Vulkan“ aufgegangen sei. Philomene wartete auf Maheu, denn sie wollte verhindern, daß Zacharias den ihm zufallenden Theil des Geldes angreife. Nur die Pierronne schien ziemlich ruhig; man wußte nicht, wie es kam, aber diesem Speichellecker, dem Pierron, wurden in dem Kontrollbuch des Obergewerksamts immer mehr Arbeitsstunden notirt, wie all den anderen Ausländern. Die Brule nannte dieserhalb ihren Schwiegerohn feig und erbärmlich; sie stand lerngrad und die geballte Faust nach dem Boreux richtend zwischen den Weibern und erzählte, ohne die Frau Hennebeau zu nennen:

„Ihr Mädchen hab' ich heute im Wagen fahren sehen. Was sagt Ihr dazu: die Köchin muß in einer zweispännigen Equipage nach Marchiennes zum Markt geschickt werden, um Fische zu kaufen!“

Diese Botschaft in weißer Schürze, die im Wagen der Herrschaft fuhr, regte die Frauen entsetzlich auf: Was, die Arbeiter kommen vor Hunger und Elend um, und die Können

nicht ohne Fisch existieren? O, sie werden nicht mehr lange Fische essen; bald wird die Reihe an die Armen kommen! So rangen die von Stephan eingeflochten Ideen in gelben Rufen der Empörung nach einem Ausdruck. Und in freischwebenden Zorneswellen machte sich die Ungebild Luft, die nach dem goldenen Zeitalter verlangte; nach dem großen Glücke, daß man ihnen jenseits ihres eng wie ein Grab verschlossenen Horizonts von Hunger und Elend versprochen hatte: Die Ungerechtigkeit werde zu groß . . . jetzt nehme man ihnen gar das Brod vor'm Munde weg . . . sie werden ihr Recht erzwingen! Die Frauen hätten am liebsten gleich im Sturm die verheißene Land des Fortschritts, wo es keinen Hunger giebt, erobert. Es war fast dunkel, der Regen fiel stärker; aber noch immer hallte das Dorf wieder vom Leid der Weiber; während die Kinder sich erschreckt an deren Kleider hingen.

Am selben Abende wurde bei Raffeneur der Streit beschlossen. Auch der Wirth opponirte nicht mehr; Souvarine begrüßte die Arbeitseinstellung als einen ersten Schritt zum Ziele; Stephan sagte:

„Die Kompanie will den Streit, wohlan, sie soll ihn haben!“

### Fünftes Kapitel.

In der nächsten Woche wurde in der finsternen, mißtrauischen Erwartung der Streit-Erklärung gearbeitet.

Bei den Maheus versprach der Lohn noch schlechter auszufallen, und selbst die sonst so mäßig und ruhig urtheilende Maheude war verbittert. Dazu kam, daß Katharina sich unterstanden, eine Nacht auszubleiben, und am nächsten Morgen war sie so abgepannt müde heimgekehrt, daß sie nicht zum Boreux gehen konnte. Sie erzählte weinend, es sei nicht ihre Schuld gewesen; Chaval habe sie festgehalten und ihr gedroht, er werde sie schlagen, wenn sie nicht bleibe. Er sei nämlich vor Eifersucht und wolle nicht, daß sie in ihr Schlafzimmer zurückkehre. Die Maheude wurde wüthend und verbat ihrer Tochter, je wieder diesen rohen Menschen zu sehen; sie werde ihn auf offener Straße in Montsou ohreizeigen. Was aber half das Alles, Köchlein verlor einen Arbeitstag, und überdies hatte sie nun einmal diesen Liebhaber und mußte ihn wohl behalten.

Ueber den Sperber vom Afrika . . .  
Die Arbeiterbewegung . . .  
Die größten Gebilde . . .  
Das . . .  
Köcher geistig . . .  
Schwarze . . .  
und bewalbe . . .  
zwei Plätze . . .  
Räte so ge . . .  
die Bote d . . .  
maris, aber . . .  
legen. Was . . .  
Sogelkiff wo . . .  
der Wind ein . . .  
wurde der s . . .  
über die R . . .  
Hilger Ber . . .  
Zunförmig . . .  
des Flusses . . .  
harter Räte . . .  
vorhanden . . .  
Die neuesten . . .  
schon, daß . . .  
schon ist . . .  
erhält der . . .  
in Ostima . . .  
die Hauptma . . .  
ne kam, woll . . .  
die Truppe n . . .  
kommen, son . . .  
Da verließ er . . .  
in 10 Kilometer . . .  
Reichskommiss . . .  
nach entbehr . . .  
stehenden Gr . . .  
Schuldigen . . .  
Vergeltung und . . .  
von Oamaru . . .  
in Teubis g . . .  
über sein Ber . . .  
alte Arbeiter . . .  
und die Deut . . .  
entwischen I . . .  
nicht im In . . .  
lassen, seine . . .  
Nacht angeho . . .  
die Kapländis . . .  
Frage.

### Da

Vergnü . . .  
Kommission b . . .  
ung des C . . .  
Soleim geg . . .  
dürften . . .  
sücht auf . . .  
wachten. L . . .  
Zu fenne . . .  
lehnen viel . . .  
wege viel w . . .  
religiösen B . . .  
(Str.) polem . . .  
der Bevölker . . .  
in Restaurat . . .  
so daß an g . . .  
widerung i . . .  
legung nicht . . .  
wollen.

Das von di . . .  
genom . . .  
daß man der . . .  
zum Vorbild . . .  
Vorbahnam . . .  
England an . . .  
Kundensuch . . .  
als es in De . . .  
schon betonte . . .  
ich in Groß . . .  
eine Erholun . . .  
sollen vor u . . .  
nischen. An . . .  
werden. —

Er hatt . . .  
gesprochen . . .  
hual.

Ein C . . .  
Alle r . . .  
dann rannte . . .  
durch die ni . . .  
während ihr . . .  
Wo? . . .  
sein!“ . . .  
Als sie in d . . .  
Alle. Einer . . .  
hinabgleiten . . .  
blutig rif . . .  
Jeanlin . . .  
Lages noch . . .  
hinter dem . . .  
Zweilen, se . . .  
fürchte, se . . .  
Karronläufe . . .  
über sein g . . .  
einem Seiten . . .  
Freunde Be . . .  
in zu nede . . .  
kleiner Affe . . .  
seinem gelbe . . .  
spigen Run . . .  
Am R . . .  
Herd „Ba . . .  
Wib der S . . .  
„Was . . .

„Was . . .  
von der eilig . . .  
und unzureichend gemachten Verjüngung

**Afrika.**

Ueber Port Durnford an der Somalilüste, wo dieser Tage vom „Sperber“ die deutsche Flagge gehißt worden ist, macht der „Afrika Pilot“ folgende nicht gerade sehr ermutigende Mitteilungen: „Port Durnford“ (Abu Dubashi) ist ein wohlgefügter Hafen, der durch die Mündung des gleichnamigen Flusses gebildet wird; innerhalb der Barre ist Ankergrund für die größten Schiffe vorhanden, der sich mehrere Meilen weit erstreckt. Das Land um den Fluß scheint für jede Art von Ackerbau geeignet, da der Boden von leichter rother bis zu schwarzer feiner Erde wechselt; die Ufer des Flusses sind hoch und bewaldet. Port Durnford hat das Aussehen eines guten Plages, wenn irgend ein Theil der ostafrikanischen Küste so genannt werden kann. Im April 1875 gingen die Boie der „Daphne“ etwa zwanzig Meilen flussaufwärts, aber nur ein Dorf und ein Kanu wurden gesehen. Während des Südwest-Monsuns ist es für ein Segelschiff wahrscheinlich schwierig, den Hafen zu verlassen, da der Wind einsteht und heftige Brandung ist. Im Jahre 1885 wurde der Hafen von der „Sneisenau“ angelaufen; der Bericht über die Untersuchungen dieses Schiffes besagt: Bei sorgfältiger Vermessung und Auslegung einiger Bojen kann die Durnfordmündung ein ausgezeichnetes Hafen werden. Die Ufer des Flusses sind hoch und bewaldet; Anlagen in unmittelbarer Nähe des Ufers, bis zu welchem ausreichende Wasserkräfte vorhanden ist, werden keine Schwierigkeiten verursachen. Die neuesten Meldungen aus Damaraland (Südwestafrika) beweisen, daß die Lage des Hauptmanns v. Francois nicht so schlimm ist, als nach früheren Angaben er schien. Der Aufmarsch der Schutztruppe in Taubis, dem letzten Wasserplatze in Njimbunge, ist mehr ein freiwilliger, als ein gezwungener. Als Hauptmann von Francois mit seinen Leuten nach Njimbunge kam, wollten einige Häuser dort als Unterkunft für sich und die Truppe mitgeben; er fand aber dabei nicht nur kein Entgegenkommen, sondern wurde mit allerhand Worten hingehalten. Da verließ er kurz entschlossen den Ort und begab sich nach dem 20 Kilometer entfernten Taubis, wohin ihn der stellvertretende Reichskommissar, Referendar Reis, begleitete, um sich den dort entstehenden Querulanten zu entziehen. Der unerwartete Besuchsbesuch der Deutschen machte auf die Herero einen verhängnisvollen Eindruck und man suchte die Sache mit einigen Entschuldigungen gut zu machen. Der von Maharero ganz unabhängige und durchaus deutschfreundliche Hererobäuerling Monasse von Omaruru hat einen sehr verächtlichen Brief an die Herero in Taubis geschrieben, aus welchem hat er Maharero Vorwürfe über sein Verfahren gemacht. Das hat dahin geführt, daß der alte Maharero erklärte, er wolle sich nicht mehr hineinmischen und die Deutschen mit den Engländern ihre Streitigkeiten allein ausmachen lassen. Damit wäre viel gewonnen. Lewis selbst ist nicht in Damaraland; er hat Kopland nicht wieder verlassen, seine beiden ausgewiesenen Leute sind aber in Kapland angekommen und machen sich dadurch bemerklich, daß die Kapländischen Zeitungen voll sind von Artikeln über diese Frage.

**Parlamentarisches.**

**Veranlagungszüge am Sonntag.** In der Budgetkommission begann der konservative Abg. Frege bei der Beratung des Etats über die Reichseisenbahnen im Elsaß eine Polemik gegen die Veranlagungszüge der Eisenbahnen. Solche Züge dürften von der Verwaltung nicht begünstigt werden mit Rücksicht auf die Sonntagsheiligung und die Schonung der Eisenbahnen. Der konservative Abg. Hahn schloß sich dem an. Frege in der Beschränkung der Sonntagszüge der Eisenbahnen viel mehr als bisher gesehen. Seinen Parteigenossen sagte er weniger an der Sonntagsruhe als daran, daß den höchsten Pflichten Genüge geschehen könne. Abg. Strombeck (Chr.) polemisierte alsdann heftig gegen die Sonntagszüge, welche der Bevölkerung zu unnützen Ausgaben Veranlassung gebe, sie in Restaurationen mit schlechter Atmosphäre einführen u. s. w., so daß an großen kirchlichen Festtagen oft eine förmliche Auswanderung der Bevölkerung stattfinde. — Mehrfach wurde Bezug genommen. Abg. von Bennigsen protestierte dagegen, daß man den puritanischen Sonntag Englands in Deutschland zum Vorbild nehme. Geheimrath Kienel, als Vertreter des Eisenbahnamts, trat der Vorstellung entgegen, als ob in England an Sonntagen gar nichts geschehe. Man sähe die Kirchenbesucher während des Gottesdienstes dort mehr schlafen, als es in Deutschland der Fall sei. Der freisinnige Abg. Baumloch betonte entschieden, daß ein lebhaftes Bedürfnis namentlich in Großstädten vorhanden sei, sich durch Sonntagsausflüge eine Erholung zu verschaffen. Exzesse kämen dabei nur sehr selten vor und als unnötig wären solche Ausgaben nicht anzusehen. An Montagen könnten keine Erholungszüge arrangirt werden. — Damit wurde das Thema verlassen.

erreichte das ewig hervorströmende Wasser das Gestein, welches überall in großen Stücken herabbrach. Schon zweimal hatte Naheu an diesem Tage die Stützen seiner Leiten lassen. Es war um zwei Uhr. Die Männer wollten das Feld verlassen; Stephan klopfte noch, auf der Seite liegend, einen letzten Bloß Kohle los, als ein fernes Donnerrollen die ganze Grube durchzitterte. „Was ist das?“ rief er, seine Arbeit unterbrechend. „Er hatte gemeint, die ganze Galerie stürze hinter ihm zusammen. Aber schon glitt Naheu behend auf den Boden hinab.“ „Ein Erdsturz ist's, schnell, schnell!“ Alle rollten, von gleicher Furcht gepackt, hinunter; dann rannten sie, Einer hinter dem Andern, gebückten Laufes durch die niedrige Galerie, wie auf allen Bieren dahineilend, während ihre Lampen durch das grabstille Dunkel tanzen: „Wo?“ „Von unten kam's!“ Im Rollweg wirb's sein! Diese Rufe begleiteten ihren fliehenden Galopp. Als sie in den schief abfahrenden Weg kamen, ließen sie sich hinabgleiten. Keiner fühlte, daß er sich die Knie und Arme zerbrach. Jeanlin, dessen Schenkel von der Bückigung des vorigen Tages noch roth waren, lief, wie gewöhnlich, nackten Fußes hinter dem Kohlenzuge, um die Luftthüren zu schließen. Zuweilen, wenn er nicht das Begegnen eines Aufsehers fürchtete, setzte er sich auf den letzten Wagen, was den Herrenleitern verboten war, damit sie nicht einschließen. Aber sein größtes Vergnügen war, sich, wenn der Zug auf einem Seitengleise warten mußte, ohne Lampe, bis zu seinem Freunde Böhert hinzuzuschleichen, der das Pferd führte, um ihn zu necken. Jeanlin war geschickt und boshaft wie ein kleiner Affe, dem er im Dunkeln täuschend ähnlich sah, mit seinem gelben gelackten Haare, seinen großen Ohren, dem spitzen Munde und den kleinen, grünleuchtenden Augen. Am Nachmittag hatte Mougou den beiden Knaben das Pferd „Bataille“ gebracht. Plötzlich inmitten der Bahn, blieb der Schimmel schnaufend stehen. „Was hat denn der Alte, daß er nicht vorwärts

**Soziale Uebersicht.**

**Anruf an alle Steindrucker und Lithographen Berlins.** Kollegen! Am 25.—27. Dezember d. J. findet in Hannover ein Kongreß, befehligt von den Druckern und Lithographen Deutschlands, statt, zu dem laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 4. November im Schweizer-Garten 2 Drucker und 2 Lithographen als Vertreter der Berliner Kollegenschaft ernannt sind. Ebenso ist beschlossen, die Kosten zur Besichtigung des Kongresses durch freiwillige Sammlungen aufzubringen und die Unterzeichneten sind beauftragt, Gelder in Empfang zu nehmen. Kollegen! Noch ist es Zeit; laßt alle Kleinlichkeiten bei Seite, reißt euch die Brüderhand! Einigkeit führt nur zum Ziele. Trage Jeder sein Scherlein bei zur Förderung der gerechten Sache. Es erfolgt öffentliche Abrechnung. Mit kollegialischem Gruß: H. Friedewald, Steindrucker, Sorauerstr. 7. R. Reusner, Steindrucker, Adersstraße 186. J. B.: G. Stropp, Lithograph, Straßburgerstraße 2.

**Versammlungen.**

**Eine öffentliche Versammlung der Wähler des 33. Kommunal-Wahlbezirks** fand am Mittwoch, den 6. November, Abends, in Kahlmann's Salon, Invalidenstr. 144, statt mit der Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stadterordnetenwahl. 2. Aufstellung eines Kandidaten. 3. Diskussion und Verschiedenes. Ins Bureau wurden gewählt die Herren Heitmann zum 1., Gnadt zum 2. Vorstehenden und Schreiber zum Schriftführer. Zum 1. Punkt erhielt Herr Böhl das Wort. Er sprach sich über das Gewerbeschiedsgericht, über das Submissions- und Beleuchtungswesen, und über die Pferdebahn aus. Nachdem Redner noch den niedrigen Lohn der städtischen Arbeiter kritisiert hat, forderte er zum Schluß die Arbeiter auf, sich kräftig an der Wahl zu beteiligen. Nachdem sich noch mehrere Redner im Sinne des Herrn Böhl ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen. Die Kommunal-Wählerversammlung des 33. Kommunal-Wahlbezirks beschließt, dem Herrn Schankmuth Böhl als Kandidat aufzustellen. Nachdem Herr Böhl für das Vertrauen sich bedankt hatte, welches ihm geschenkt worden und noch mehrere Redner gesprochen, ließ Vorstehender ein Hoch auf den neuen Kandidaten ausbringen und schloß die Versammlung.

**Eine gutbesuchte öffentliche Kommunal-Wähler-versammlung** für den 35. Kommunal-Wahlbezirk tagte am Donnerstag, den 7. November in Lehmann's Salon, Schwedterstraße unter dem Vorsitz des Herrn Koppmann. Die Tagesordnung lautete: Die am 19. November stattfindende Stadterordnetenwahl. Referent Herr Robert Herzfeld. 2. Aufstellung eines Kandidaten für diese Wahl. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Herrn Robert Herzfeld kommt folgende Resolution zur Abstimmung: „Die heute in Lehmann's Salon stattfindende Kommunal-Wählerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Herzfeld völlig einverstanden, beschließt, denselben als Kandidaten für den 35. Kommunal-Wahlbezirk aufzustellen und am Tage der Wahl mit allen Kräften für denselben einzutreten.“ Diese Resolution wurde mit allen gegen 1 Stimme angenommen. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, forderte der Vorstehende die Versammelten auf, recht thätig mitzuarbeiten, damit wir als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen. Mit einem Hoch auf den Arbeiterkandidaten schloß der Vorstehende die Versammlung.

**Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Ladierer Berlins und Umgegend** tagte am 9. d. M. in Jenters Salon mit der Tagesordnung: 1. Verkürzung der Arbeitszeit und deren Wirkung auf die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Blechladrer zur Gründung eines Fachvereins? 4. Verschiedenes. Da der Referent nicht erschienen war, wurde sofort in die Diskussion über den ersten Punkt eingetreten. Kollege Nautenhaus wies darauf hin, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein Hauptforderndes wäre, um eine bessere Lebensstellung zu erreichen. Auch die große Arbeitslosigkeit würde mehr und mehr verschwinden. Kollege Schüller führte aus, daß die Verkürzung der Arbeitszeit der gesammten Arbeiterschaft zu Gute kommen müsse. Denn durch dieselbe wird die geistige und körperliche Kraft des Arbeiters auf längere Zeit erhalten. In demselben Sinne sprachen noch die Kollegen Koppe, Jungermann und Hochmann. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Jenters Salon tagende öffentliche Versammlung sämtlicher Ladierer Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen sämtlicher Redner einverstanden; sie erhebt daraus, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig erscheint, deshalb beschließt die heutige Versammlung, an den Beschlüssen des internationalen Kongresses fest zu halten und den 1. Mai 1890 als Ruhetag anzuerkennen, um den Achttundentag zur Durch-

will?“ rief Jeanlin. „Ich hätte mir bald das Schienbein gebrochen.“ Sie fuhren in die Seitenschienen, um einem zweiten Zuge auszuweichen. Böhert mußte „Bataille“ zurückhalten, der dem andern Pferde entgegenlaufen wollte. Der Schimmel hatte am Geruch seinen Kameraden „Trompete“ erkannt, für den er seit dem Tage, wo er ihn in die Grube fahren sah, eine große Freundschaft und das zärtliche Mitleid eines alten Philosophen empfand, der gerne das Schicksal seines Genossen mildern möchte, indem er ihm seine Geduld und seine Ergebenheit mitzuteilen versuchte. Denn „Trompete“ akklimatisirte sich schlecht, zog mit Widerwillen seine Karren in die schwarzen Gänge und ließ trauernd den Kopf hängen, als könne er die Sonne nicht vergessen. Darum jedesmal, wenn „Bataille“ seinem Freund begegnete, streckte er den Hals und suchte ihn mit zärtlicher Aufmunterung zu lieblosen. „Mein Gott“, sagte Böhert, „da lecken sie sich schon wieder!“ Dann, als „Trompete“ vorüber war, antwortete er auf Jeanlin's Frage! „Der Alte hat eine feine Nase. Wenn er so plötzlich stillsteht, wie vorher, dann muß irgendwo etwas sein, ein Stein oder ein Loch, das er vermeiden will; denn er hat sich lieb und möchte sich nichts zerbrechen. Ich weiß nicht, was ihm heute da hinter der Thür eingefallen ist: er stößt sie auf und bleibt wie angenagelt stehen. Hast Du nichts bemerkt?“ „Ich hob' nichts gesehen. Wasser gießt bis an die Knie, weiter nichts.“ Der Zug rollte weiter. Auf dem nächsten Rundwege aber, nachdem „Bataille“ mit dem Haupte die Luftthür geöffnet hatte, machte er wieder auf derselben Stelle halt, zitterte, wieherte kläglich; dann riß er mit ungehämmer Eile die Karren weiter. (Fortsetzung folgt.)

führung gelangen zu lassen.“ Zum 3. Punkt sprachen die Kollegen Karl Müller und Warnke (Blechladrer) sich dahin aus, von einem selbstständigen Verein für Blechladrer abzusprechen, sich vielmehr dem bestehenden Verein anzuschließen. Weiter wurde von Kollege Müller auf die Mißstände in der Blechladrerei hingewiesen. Der Durchschnittsverdienst beträgt 13—15 M. wöchentlich. Auch wurde die Blechladrerei in Gefängnissen einer scharfen Kritik unterzogen. Unter Verschiedenes wurden folgende Resolutionen angenommen: 1. Die Produkte der Zigarrenfabrik von Lofer und Wolff nicht zu kaufen. 2. In Familienkreisen dahin zu wirken, daß die Produkte des „Klingel-Bolle“ ebenfalls nicht gekauft werden. 3. Die Schankstätten zu meiden, in denen sich der Wirth weigert, die Arbeiterblätter, das „Berliner Volksblatt“ und „Volks-Tribüne“, auszuliegen.

**Der Verband deutscher Mechaniker** und verwandten Berufsgenossen hielt am Dienstag, den 6. November, eine ordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Herr Bölsche zu seinem Vortrage: „Die Zukunft der Erde nach den neuesten Forschungen der Astronomie“, das Wort. Zunächst erklärte der Referent vermittelst einiger Aufzeichnungen den Lauf der Planeten, sowie den der Kometen; von den Letzteren können, wie Redner beiläufig bemerkte, durchschnittlich zwei alle Jahre beobachtet werden. Das Erscheinen eines Kometen bringt für die jetzigen Bewohner der Erde durchaus nicht mehr das Gefühl der Furcht eines Zusammenstoßes, wie es in früheren Jahren der Fall war, hervor. Denn nach neueren Forschungen ist festgestellt, daß alle 33 Jahre unsere Erde mit den Ueberbleibseln eines Kometen in Berührung kommt, das letzte Mal im Jahre 1866, wo sich dieses Zusammentreffen durch einen großartigen Sternschnuppenregen bemerkbar gemacht hat. Im weiteren Verlauf seines Vortrages erklärte Redner das Verhältnis der Erde zur Sonne. Er gab die Möglichkeit, daß die Erde einmal untergehen könnte, zu, aber ebenso gut ist es möglich, daß der menschliche Geist in der unendlichen Zeit, die noch vor ihm liegt, Mittel und Wege finden dürfte, um selbst die Herrschaft über Naturereignisse zu erlangen. Der in vieler Hinsicht lehrreiche Vortrag wurde von den Anwesenden mit vielem Beifall aufgenommen. In der Diskussion beantwortete Referent noch einige, seinen Vortrag ergänzende Anfragen in ausführlicher Weise. Beim dritten Punkt der Tagesordnung, den Unterstützungsfonds betreffend, wurde, nachdem einige Redner den Lokalfonds für zweckentsprechend erklärt hatten, ein Antrag angenommen, welcher die Wahl einer siebenköpfigen Kommission zur Etablierung eines Lokalfonds bezweckt. Nach stattgehabener Wahl wurde unter Verschiedenem auf einige Mißstände (Ueberstundenarbeit) in den Berliner Elektrizitätswerken hingewiesen. Die Versammlung war sich dahin einig, geeignete Maßregeln zur Abwehr obiger Mißstände zu erarbeiten.

**Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins und Umgegend** tagte am 6. d. M. in Feuerstein's Salon. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ursachen der modernen Arbeiterbewegung. Referent: Herr Franz Berndt. 2. Die neueste Befanntmachung der Innung betreffend die Krankenkasse. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Der Referent ging von der Ansicht aus, daß durch die rein gewerkschaftliche Bewegung die Arbeiter nicht zu dem Ziel gelangen, welches sie sich gestellt. Der Arbeiter müßte vielmehr bestrebt sein, auch politisch geschult zu werden, und dafür Sorge tragen, daß geeignete Vertreter in den Reichstag gewählt werden. Auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse näher eingehend, kam Redner auf das Maschinenwesen zu sprechen. Nachdem er dieses genügend erörtert, legte Redner die Bestrebungen der Innungsbrüder klar und tabelte hauptsächlich das Lehrlingswesen. In seinem Schlußworte forderte Redner die Anwesenden auf, sich zu organisieren und nicht das Eisen, welches sie geschmiedet, kirschend hinter sich herzu ziehen. (Lebhafte Beifall.) Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde nochmals das Plakat der Innungsbehörde verlesen, welches belagt, daß Gesellen, die nicht in der Innungskasse sind, vom 1. Januar an bei Innungsmeistern keine Arbeit mehr erhalten sollen. Der Altgenosse Herr Urndi erklärte, von diesem Plakat nichts zu wissen und verpflichtete sich, nachdem ihm eine Kommission von 3 Mann zur Seite gestellt, der Sache näher auf den Grund zu gehen und in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen. Zu Verschiedenem wurden noch sämtliche Schmiede aufgefordert, sich der Vereinigung der deutschen Schmiede anzuschließen.

**Die Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher** und verw. Berufsgenossen Berlins tagte am Montag, den 4. November, Münzstraße 11. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Herrn Schreiber über den Arbeitsstand. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes, Fragekasten. Zum Punkt 1 machte der Vorstehende bekannt, daß der Verein jetzt mit einem Defizit arbeite, was hauptsächlich an der Lässigkeit der Mitglieder liege. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. Hierauf hielt Herr Schreiber einen Vortrag über einen von ihm konstruirten Arbeitsänderer, der die Gesundheitsschädlichkeit der langen Arbeitszeit bei den Schuhmachern vermindern soll. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft; von verschiedenen Rednern wurde betont, daß sich die sogenannte gute Arbeit auf dem Ständer nicht anfertigen lasse. Ihnen wurde erwidert, daß diese Arbeit nicht als maßgebend zu betrachten sei. Schließlich wurde Herr Burchard der Arbeitsänderer zur Probe überwiesen. Punkt 4 und 5 wurden wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung gestrichen. Aufmerksam wurde gemacht auf die öffentliche Schuhmacherverammlung am Montag den 11. November.

**Der Fachverein sämtlicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter** hielt seine Mitgliederversammlung am Montag, den 4. November in Lehmann's Lokal, Schwedterstraße 24 mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Völschler über das Koalitionsrecht. 2. Verschiedenes und Fragekasten ab. Der Vortragende behandelte in längerer Rede die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, er schilderte in eingehender Weise den Rückgang des Koalitionsrechts der Arbeiter und fand am Schluß den allgemeinen Dank der Versammlung. Zu Verschiedenem wurde ein Antrag gestellt, den streifenden Bildhauern 20 M. aus der Vereinskasse zu bewilligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch verschiedene Anträge und der Fragekasten erledigt waren, machte der Vorstehende bekannt, daß die nächste Versammlung am 18. November in unserem alten Lokal, Grüner Weg 29 stattfindet. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Zu dem am vergangenen Mittwoch**, seitens des „Berliner Zentralvereins Koller'scher Stenographen“ begonnenen vollständig unentgeltlichen Unterrichtskurses in der leicht erlernbaren und praktisch brauchbaren Koller'schen Stenographie, im hinteren Zimmer des Restaurants „Alte Post“, Königsstr. 62, können Mittwoch den 13. d. M. Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr noch Herren und Damen beitreten. — Nach Beendigung der Unterrichtsstunden ordentliche Sitzung: 1. Wichtige Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Verschiedenes. Sämtliche Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten. **Novawes.** Der volkshümliche Wahlverein hielt am 10. d. M. eine Versammlung ab, in welcher Herr Werner aus Berlin über das Thema: Die deutschfreisinnige Partei und die Arbeiter referierte. Als er in scharfer Form wegen ihres Seruilismus die Deutschfreisinnigen zur Zeit der neunundneunzig Tage kritisierte, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 auf. Die Versammlung war sehr stark besucht; als der Beamte die Versammlung aufgelöst hatte, herrschte einige Sekunden Tobentille, weil kein Mensch begreifen konnte, wieso dies Gesetz auf diese Worte Anwendung finden kann; denn es kann

doch nicht staatsgefährlich sein, wenn die deutschfreisinnige Partei in dieser Weise kritisiert wird. Oder sollte man es nicht gern sehen, wenn dieser Partei ihre Heuchelei vorgeworfen wird? Es mühte dann aber wohl erst noch ein Gesetz dazu geschaffen werden. Gegen die Auflösung wird natürlich Beschwerde geführt.

**Brandenburg a. S.** Sonntag, den 3. November, fand hier eine öffentliche Tischlerversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Arbeitseinstellungen und die Verhütung derselben. Freie Diskussion. Herr Zubeil aus Berlin hatte das Referat übernommen. Schickte uns aber um 10 Uhr eine Depesche, er habe den Zug vermisst und könne deshalb nicht erscheinen. In unserer großen Verlegenheit wandten wir uns an den hiesigen Reichstagskandidaten, Berggolbermeister Herrn Ewald, der denn auch bereitwillig den Referenten ersetzte, und einen Vortrag hielt, der den lebhaften Beifall der Versammlung fand. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Zu der Lokalspette

sprechend, machte der Referent darauf aufmerksam, daß wir nach einem Entschiede des Reichsgerichts uns vollständig in unserem Rechte befinden, wenn wir die beiden Lokale von Red und Pahl nicht mehr besuchen wollen; denn wir sagen einfach: gibst Du uns nicht Deinen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen, so trinken wir auch Dein Bier nicht. — Nachdem Kollege Eckhardt als Vorsitzender die Versammlung ersucht, das heute Gehörte immer im Gedächtnis zu behalten und sich immer mehr der Organisation anzuschließen, schließt derselbe mit einem dreifachen Hoch auf die hiesige Verbandszweigsitzung die imposante Versammlung.

**Judenwalde**, den 8. November. In letzter Zeit ist unter den hiesigen Arbeitern und Arbeiterinnen ein recht reges Leben zu verspüren, nicht bloß, daß sich alle Gewerkschaften organisiert haben, und durch rege Sammlungen für die hiesigen streikenden Gutarbeiter sich beteiligen, es ist auch in letzter Zeit durch das in's Leben treten eines Arbeiterinnen-Vereins unter den Frauen eine mächtige Bewegung entstanden. In der Berlin-Luden-

walder Aktien-Zuckfabrik, die nahe an 400 Arbeiterinnen beschäftigt, haben die Arbeiterinnen durch festes Zusammenhalten eine Lohnerhöhung von 30 pSt. erzielt, und sie waren es, die den 48 in der Fabrik beschäftigten Männern zu derselben Lohnerhöhung verholfen haben, indem sie, ohne dieselben aufgefordert zu sein, für sie einen 25prozentigen Zuschlag erzielten. Infolge dieses Sieges fanden sich bei der heutigen Lohnzahlung sämtliche hiesigen Zuckfabrikanten nötigt, ihren Arbeitern und Arbeiterinnen eine Lohnrückzahlung zu gestehen, die in manchen Fällen bis zu 25 pSt. betragen. Leider ist von dem Gutarbeiterstreik nichts zu melden, da die Streikenden durch den Zug von Pommern a. O. sehr viel zu leiden haben und auch durch einige Streikbrecher sehr geschädigt werden, doch hoffen die hiesigen Gutarbeiter, den Sieg dennoch zu erringen, da mit dem in der Fabrik hausehenden Arbeitern die Firma auf die Dauer nicht arbeiten können. Auf alle Fälle wird gebeten, den Zug zu halten.

### Theater.

Mittwoch, den 13. November.  
**Spernhaus.** Der Ring des Nibelungen.  
**Schanzplatzhaus.** Aschenbrödel.  
**Deutsches Theater.** Faust's Tod.  
**Friedrich-Theater.** Der Jaungast.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Der Polengraf.  
**Kesiden-Theater.** Schwiegermama.  
**Wallner-Theater.** Verfolgt! Vorher: Der Herr von Lohengrin.  
**Viktoria-Theater.** Stanley in Afrika.  
**Ostend-Theater.** Der Trompeter von Säckingen.  
**Sekelliance-Theater.** Der Zauberlehrling.  
**Königstädtisches Theater.** Appelmann's Verlobung.  
**Zentral-Theater.** Das lachende Berlin.  
**Adolph Grunz-Theater.** Flotte Weiber.  
**Sehr. Richter's Varietés.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

### Thalia-Theater,

15. Wallnertheaterstraße 15.  
Täglich  
**Theater-**  
und  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu!! Fr. Condella, die lustige Dirgl.  
Neu!! Die Duettisten Nau & Gyl.  
Großer Erfolg des Volkshumoristen Wilh. Fröbel, des Frohschmehmens Vincenzo, des Musikanten Schellini, der Viedersängerin Fräulein Anna Molassic.  
Entrée 30 Pf. Anfang 7½ Uhr. Sonntags 8½ Uhr.

### American-Theater.

1865  
Friedrichstr. 55.  
Täglich Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße.  
Heute, Mittwoch, den 13. November 1889,  
Abends 7 Uhr:  
Die großartigen Tempelinsprünge. Auftreten der Reulkünstlerinnen Fr. Gierach, Gschw. Neers, Fr. Adele und Fr. Frida, Reitskünstler Melville, renommierte Rinkler-Familie Briatore, Orfod. Auftreten der Schutzeiterin Fr. G. Wueren. Sprung und Wueren, Trugschneiderei, vorgeführt von Herrn Oscar Renz.  
**Japan,**  
oder: Die neidischen Frauen des Mikado's.  
Großes equestriertes Ausstattungsstück.  
Morgen, Donnerstag: Im dunklen Erdteil. — Freitag: Leben und Treiben auf dem Eise.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
E. Renz, Direktor.

### Circus Busch.

Friedrich-Karl-Str.  
Heute, Mittwoch, den 13. November 1889:  
Abends 7½ Uhr: 789  
**Große Vorstellung.**  
Zum 5. Male:  
**Fatme, die Rose von Tripoli,**  
Gr. orientalische Original-Pantomime in 4 Akten vom Direktor. (Besonders geschätzt).  
Die hohe Schule als Cavalier geritten von Maria Dori (Neu für Berlin). 22 Hengste. Bolina, Prämienspringpferd. M. Margerithe als Jockey. Gebrüder Florida. Clown Michael mit seinem Wunderponny „Punschchen“. Frau Direktor Busch als Schutzeiterin. Jongleur zu Pferd. Mr. Jottis, Mr. Allen als Jockey. Alle Clowns mit neuen Späßen.  
Alles Nähere die Plakate.

Passage 1. St. 9 St. — 10 St.  
**Kaiser-Panorama.**  
Hochinteressant: Reise der kaiserlichen Familie: Athen-Konstantinopel.  
Reise Ober-Italien. Mailand, Verona u. Neu! 1. St. Carier Welt-Ansicht.  
Hochinteressante Reise Sr. M. Schiff „Gertha“.  
Reise 20 St. Kind nur 10 St. Abends 7 Uhr.  
**H. Präuscher's anatomisches MUSEUM**  
80/81 Kommandantenstrasse 80/81.  
Täglich geöffnet für erwachsene Herren.  
■ Dienstag und Freitag Damen! ■  
Entrée 50 Pf. Vereinskarten gültig. 589  
Ein Vereinszimmer zu vergeben im Restaurant **Oertel**, Raunynstr. 67. [786]

## Aufruf!

Alle Diejenigen, welche noch im Besitz von **Sammellisten** des ehemaligen **Unterstützungsvereins d. Metallarbeiter** sind, werden gebeten, selbige sofort an **Gottfr. Schulz**, Admiralsstr. 40a, abzugeben. [787]

### Ortskrankenkasse des Zimmerergewerbes. General-Versammlung

am Donnerstag, den 21. cr., Abends 8 Uhr,  
Grenadierstraße 33 bei Eersfeldt.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.  
2. Wahl des Prüfungsausschusses.  
3. Antrag und Verschiedenes.

Sonntag, den 24. cr., Vormittags 10½ Uhr,  
findet im Lokale Inselstraße 10 bei Schefke eine **Versammlung der Arbeitgeber**, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt.

Tages-Ordnung:  
Wahl von 56 Vertretern zur General-Versammlung.

In demselben Lokale und zu derselben Zeit findet eine **Versammlung der Kassenmitglieder (Arbeitnehmer)** statt.

Tages-Ordnung:  
Wahl von 112 Vertretern zur General-Versammlung.

Nur denjenigen Mitgliedern ist der Eintritt gestattet, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Quittungsbuch legitimiert und ist dasselbe am Eingang den Kontrolleuren vorzuzeigen.  
Das Kassenlokal ist an diesem Tage geschlossen.  
779

Der Vorstand.

P 13 ½, Landbergerstr. 8.

Berlin S., City-Passage, Laden 14,  
Presdenstr. 58/59,  
erdhohes 14 eine

### Buchhandlung für Arbeiter.

34 Jahre besonders:  
1. Sämtliche Werke aus dem Verlage von J. G. W. Dietz in Stuttgart.  
2. Berliner Arbeiterbilletheft.  
3. Alle für den Arbeiter wichtigen Gesetze in den zweckmäßigsten Ausgaben.  
4. Heftgeschichten.  
5. Billige und gute Conversations-Begleiter und Fremdwörterbücher.  
6. Populäre naturwissenschaftliche Werke.  
7. Moderne realistische Romane und Dramen von: Zola, Daudet, Goncourt, Maupassant, Ibsen, Björnson, Riessner, Strindberg, Krog, Garbo, Dehse, Kellner, Tolstoi, Turgeniew, G. Hauptmann, R. Kautsky u. a. m.  
8. Die Klaffte. **Chilzahlungen gestattet.**  
Jedes Buch wird auf Wunsch schnell besorgt. Einrichtung ganzer Bibliotheken für Hochschulen. Versandt nach auswärts franco. Colporturen hoher Kabatt.  
**R. Baginski, Buchhandlung, City-Passage.**

**S. HEINE BERLIN**  
Für die Herbst- und Winter-Saison:  
Für Herren, Damen und Kinder  
**Normal-Unterkleider und Tricotagen**  
Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.  
Schlaf- u. Reissocken  
Grosso Auswahl, billige Preise.  
**CHAUSSÉE-STRASSE**

**Jede Uhr**  
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutes nur **1 Mk. 50 Pfg.**  
Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer Uhren. **Verkauf zu Fabrikpreisen.**  
9511  
**E. Rothert, Uhrmacher.**  
1. Geschäft: **Andreasstr. 62.**  
2. Geschäft: **Chausseest. 78.**

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
Ependauerstr. 6. [1658]  
am heiligen Blase bekanntlich  
**Grösste Auswahl.**  
Garantirt hoher brennende Tabake.  
Streng reelle Bedienung, billige Preise!  
Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Ependauerstr. 6**  
am heiligen Markt.

### Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung am Dienstag, d. 13. Novbr., im Wedding-Park, Müllerstraße 11 Abends 8 Uhr.

für die Kommunal-Wahlbezirke 41 u. 42.  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Ref.: Vogtherr u. W. Grün.  
2. Diskussion und Verschiedenes.  
Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.  
**Das Central-Wahlkomitee.**

### Große öffentl. Tabakarbeiter- u. -Arbeiterinnen Versammlung

am Donnerstag, den 14. November, Abends 8½ Uhr,  
im Schweizer-Garten am Königsthor.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht über den jetzigen Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Die Herren Fabrikanten sind eingeladen.  
763 **Die Lohnkommission.**

**Rothe Kreuz-Loose à 3 Mk. 11 Stück 30 Mk.**  
zur Ziehung am 19. November cr.  
½ Ant. 1½ Mk., 11 Stck. 17¼ Mk. (Porto und Liste 30 Pf.)

**Weimar-Loose à 1 Mk.**  
11 Stck. 10 Mark. (Porto und Liste 30 Pf.). Ziehung 14.—17./12. cr.  
empfehlen und versenden

**Oscar Bräuer & Co.,** Bank- Berlin W.  
Geschäft, Leipzigerstr.

### Albert Auerbach,

Berlin S., Kottbuser Damm 7 (bei der Kottbuser Brücke)  
**Schuh- und Stiefel-Lager für Herren, Damen und Kinder**  
Reelle Bedienung. — Feste Preise.

### HERREN-GARDEROBE

**Adler & Baruch,** 143. Oranienstraße 143,  
(am Northplatz u. Brandenburgstraße)  
**Elegante Winterpaletots in größter Auswahl**  
von 29 Mark an.  
Neuheiten in Stoffen zur Anfertigung nach Maß stets vorrätig.  
Streng feste Preise!

### St Teppdecken-

Fabrik, Oranienstr. 158,  
1357) **Emil Lohvvo.**  
Große Auswahl **Steyppdecken** in  
Seide, Wolle und Satin von 4 bis  
30 Mark. **Einzelne wenig be-  
schädigte Steyppdecken à 3 Mk.**  
Illustrirte Preisliste gratis und franko.

### Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

Gr. Lager, bill. Preise!  
**Emil Hoyn,**  
Brunnenstr. 28, Hof part.  
eigen. Fabrik. Theils nach Usereinkauf

### Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräthe

**E Vogtherr,** Berlin C.  
Landbergerstraße 64 (am Alexanderplatz)

### Engl. Tüll-Gardinen

per Fenster von 2,50 M. an,  
**einzelne Tischtücher** per Stück 0,75 M.  
**einzelne Servietten** per 1 Dyd. 2 M.  
**einj. lein. Taschent.** pr. 4 Dyd. 1,25 M.  
**engl. Tüll-Gardinen** von 30 Pf. pr. Mtr.  
**Damen-Hemden** per 1 Dugend 7,50 M.  
**Nachtjacket** i. Piqué v. 7,50 M. pr. 1 Dyd.  
Aufträge von außerhalb gegen Nachnahme.  
**D. Meyerson, Poststraße 7.**

**Nur 1 Mark** [1472]  
kostet jede Uhr zu reinigen unter  
Garantie. Bei allen Reparaturen  
wird der Preis vorher gesagt.  
**Eleser, Uhrmacher (Fachmann).**  
Raunynstraße 15, Ecke Mariannenstr.

### Damen- und Kindermäntel zu

Preisen zu verk. Auch noch Was auf Bestellung  
angefertigt. **Schizmann, Waldemarstr. 52**

### Reisehandlung.

Billige Reste zu  
Morgenkleidern, Regen- und Winter-  
Plüsch, Krimmer, Pelz, Sammet, Tüll,  
Tüllchen, auf Wunsch gleich zugeschnitten.  
682 **Karlo, Kaufinger Platz 1 (Ecke Waldemarstr.)**

### Stimmbegabte Herren

welche gewillt sind, einem seit 10 Jahren  
bestehenden Männergesangsverein  
beitreten, können sich jeden Sonnabend von  
11 Uhr Abends im Restaurant **Lehm**  
Kurfürstenstraße 31, melden.

### Kranzbinder.

Für meine **Kranzbinder** suche ich zur  
des Geschäfts einen tüchtigen **Binder.**  
7851  
**J. Döltz, Staliperstr.**  
**Tüchtige Stützer**, auf chirurgische Instrumente  
eingearbeitet, **Juden**  
**Louis & H. Loewenstam**  
Sophienstraße 8.

### Der Arbeitsnachweis

der  
**Klavierarbeiter**  
befindet sich Raunynstraße 15.  
**Winer.** Die Adressenausgabe findet  
Abend von 8—9½ Uhr und Sonntag  
mittags von 10—11½ Uhr, sowohl an  
wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.  
**Die Arbeitsvermittlungskomm.**

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Dr. 266.

Mittwoch den 13. November 1889.

6. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 12. November, 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrats: von Voelticher, von Malahn, v. Oehlschlager u. A.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats.  
Abg. Braemel (freil.) regt an, daß im Reichstagsgebäude eine Verkaufsstelle für Marken und ein Bierskasten der Privat-Verwaltung eingerichtet werde.  
Referent Abg. Buhl erklärt, daß das Präsidium die Sache in Erwägung ziehen wolle.  
Abg. Meyer-Halle (freil.) erinnert bei dem Titel „Bibliothek“ an den Beschluß des Buchhändlervereins, beim Verkauf von Büchern den Rabatt am Buchpreis möglichst zu beseitigen. Er löste den Wunsch aus, daß die Bibliotheksverwaltung des Hauses möglichst nur von Buchhändlern laufe, welche sich diesem die geistige Nahrung vertehrenden Beschluß des Buchhändlervereins nicht fügen.  
Weitere Debatten entstehen bei dem Etat des Reichstages nicht.

Bei dem Etat des Reichskanzlers und der Reichskasse, und zwar bei dem Titel Reichskassier nimmt das Wort der Abg. Richter (freil.), um auf die Frage des National-Deutsches für Kaiser Wilhelm einzugehen. Das Denkmals werde nicht von einem Fürsten dem andern gesetzt, sondern die Anregung dazu sei aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen, um die Dankbarkeit des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Bei der Entscheidung habe deshalb auch der Reichstag vor Allem mitzusprechen. Seine Befriedigung habe es besonders erweckt, daß die Jury, welche über die eingegangenen Pläne abgeurteilt habe, außerdem mit allen phantastischen Ideen, welche große Straßenzüge, voran die Schloßfreiheit, hätten beseitigen wollen. Jedenfalls sei durch die Entscheidungen der Jury die Grundlage in dieser Beziehung geklärt worden. Da sei von anderer Seite eine Aenderung erfolgt, welche sich auf ganz andere Basis bewegte, als Reichstag und Regierung bisher geglaubt hätten. Es sei die Schloßfreiheit als der allein geeignete Platz bezeichnet und nur Bildhauer als solche genannt, die die Ausführung zu übernehmen hätten. Damit würden diejenigen, welche die Preise davongetragen hätten, leer ausgehen. Er frage den Staatssekretär, wie sich die Sache verhalte.

Staatssekretär v. Goettlicher erwidert, das Preisrichter-Kollegium habe gewissermaßen über seine Aufgabe hinausgewirkt, indem es auch die Platzfrage erörtert habe. Das Material, welches sich aus der Preisaufrichtung ergeben werde, werde in einer den zuständigen Faktoren, also auch dem Reichstage ausgehen den Vorlage vorkommen werden.

Abg. Meyer (Halle) bemerkt noch, der Herr Staatssekretär könne andeuten zu wollen, als habe die Jury ihre Kompetenz überschritten. Das sachlich habe die Jury als Organ des Reichstages und des Bundesrats fungiert, und er bitte, es wolle das Material jedenfalls ohne vorgängige Zensur dem Reichstage zugänglich gemacht werden.

Staatssekretär v. Goettlicher entgegnet, das Material werde jedenfalls in vollem Umfange dem Reichstage zugehen.  
Abg. Södel (Antisemit) verbreitet sich eingehend über die Abzahlungs-Geschäfte und deren Griminalität. Das Gebahren dieser Sorte Geschäfte, welche im Wesentlichen in den Händen von Juden seien, werde namentlich auch gekennzeichnet durch die Art ihrer Reklamen. Nämlich doch Juden nicht Anstand, sich in ihren Reklamen des Hinweises auf das Kreuz zu bedienen. Wucherpreise und schlechte Waare seien charakteristisch für diese Geschäfte. Bei Gelegenheit eines Prozesses habe sich herausgestellt, daß ein solches Abzahlungs-Geschäft auf ein Objekt von 50 Mark einen Rebbach von 100 Mark gemacht habe. Unlängst habe sich in Berlin ein solches Abzahlungs-Geschäft aufgetan. Wie zuvor vorhanden gewesen müßten doch also jüdisch gewesen sein. Und das Bemerkenswerteste dabei sei, daß nach schon wenigen Tagen dieses „erste christliche“ in die Hände eines Juden übergegangen sei.

Präsident von Levetzow: Es ist wohl üblich, bei dem vorliegenden Titel Anregungen zuzulassen, aber soweit die Sache auszuweihen, erscheint doch nicht zulässig.

Abg. Södel schließt mit dem Ersuchen an den Reichskassier um baldigste Regelung der Frage der Abzahlungs-Geschäfte.

Minister v. Goettlicher erwidert, daß die Frage der Abzahlungs-Geschäfte bereits die Aufmerksamkeit der Regierung beschäftige. Es sei ein Rundschreiben an die Landesregierungen mit der Aufforderung ergangen, sich über die Auswüchse der Abzahlungs-Geschäfte gutachtlich zu äußern. Diese Aeusserungen würden dann zusammengefaßt und demgemäß die Frage erörtert werden. Leicht sei die Sache nicht, denn die Abzahlungs-Geschäfte, soweit sie legal gehandhabt werden, entsprächen einem wirtschaftlichen Bedürfnis, besonders der geringeren Leute (Ankäufe von Nähmaschinen u. s. w.). Die Frage sei unter strafrechtlichen, zivilrechtlichen und gewerdepolizeilichen Gesichtspunkten zu prüfen. Er hoffe, daß ein Weg sich finden werde, welcher den mit jenen Geschäften häufig verbundenen unangenehmen und ausfallenden Bestrebungen einen wirksamen Damm entgegensetzt.

Abg. Richter (Hr.) fragt an, wie sich der Reichskassier zu der jüngst vom Abg. von Benjigsen angeregten Frage der Einführung eines Reichsfinanzministers stelle?

Minister v. Goettlicher erklärt, daß er die Anschauung des Reichskassiers hierüber nicht kennt. Darauf komme es in erster Linie an, daß die Sache viel mehr auf eine Aenderung der Verfassung hinaus laufen und dann es sich fragen würde, wie die verbündeten Regierungen sich dazu stellen. Diese hätten aber zur Zeit keinen Anlaß dazu, da sie sich nicht einem Beschlusse des Reichstages, sondern lediglich der Anregung eines einzelnen Abgeordneten gegenüber befinden.

Abg. Richter meint, daß der Bundesrat doch sonst den Anregungen des Hauses gegenüber nicht so zurückhaltend sei. Gerade der Umstand, daß man angesichts einer Aenderung des Führers der großen national-liberalen Partei eine bewusste Zurückhaltung auf Seiten der Regierung bewahre, beweise ihm, daß man der Sache dort keine Sympathie entgegen bringe.

Der Titel I sowie ohne fernere Debatte der Rest dieses Etats wird bewilligt.  
Es folgt der Etat der Reichs-Justizverwaltung.  
Bei Tit. I „Gehalt des Staatssekretärs 24 000 M.“ wünscht der Abg. Veiel (nall.) Ausführungsbestimmungen zum Genossenschaftsgesetz im Interesse der kleineren landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes v. Oehlschlager verweist auf die zur Handhabung des Gesetzes erlassenen Direktiven, in welchen eine Klaffsicherung vorgelegen.  
Abg. Dr. Baumhagen (Hr.) bringt den Entwurf

des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches zur Sprache, welches vielfach eine abfällige Kritik erfahren habe. Es sei nicht genügend volkshäufig, zumal es sich in der Reife juristischen Ausdrucksweise bewege. Redner wünscht, daß das Gesetz sich nicht zu lange hinziehen möge, denn man könne doch wohl nicht warten, bis der alte Kampf zwischen Germanisten und Romanisten zu Ende sei.

Staatssekretär v. Oehlschlager erwidert, es sei nicht zu verwundern, daß ein solch umfassendes Werk, an dessen Zustandekommen die ganze Nation Theil nehme, bis zu seiner Publikation einer längeren Zeit bedürfe. Das preussische Landrecht habe beispielsweise von dem Zeitpunkt, wo der große König den Anstoß dazu gegeben, bis zu seiner Publikation 45 Jahre gebraucht; mehr als 50 Jahre habe das österreichische Gesetz zu seiner Fertigstellung bedurft. Er hoffe, daß es bei uns schneller gehen werde, wenngleich man im derzeitigen Stadium der Sache von ihm nicht erwarten könne, daß er auch nur annähernd einen Zeitpunkt dafür angebe. An dem Entwurfe werde ernstlich gearbeitet. Vielleicht werde er (der Minister) noch vor Ablauf des Jahres in der Lage sein, den ersten Band der kritischen Erläuterungen zur Ausgabe zu bringen. Von dem Inhalte der zu erwartenden Aeusserungen der Bundesregierungen hänge die fernere Behandlung der Sache wesentlich ab. Jedenfalls werde alles gethan, um eine Beschleunigung und allseitig befriedigende Lösung herbeizuführen.

Abg. Veiel (nall.) erinnert daran, daß die Arbeit am Reichsgesetzbuch bereits seit 10 Jahren im Gange sei, und hätte gehofft, daß man etwas rascher damit vorwärts gekommen wäre. Immerhin sei er dafür dankbar, daß man in den Kommissionsbeschlüssen zu einer bestimmten Grundlage gekommen sei.

Abg. Zulemann führt aus, daß der Reichstag zu einer allerdings vorsichtigen Kritik des Gesetzbuches berechtigt sei. Daß die sozialen Bestrebungen unberücksichtigt geblieben seien, habe seinen Grund darin, daß dieselben noch nicht abgeschlossen seien und man eine spätere Rechtsentwicklung nicht festhalten dürfe. Redner tadelt die allzu strenge Ausschließung des Gewohnheitsrechts und die zu große Berücksichtigung des Partikularrechts.

Abg. Oehlschlager (nall.): Ich habe schon früher mit Herrn Hammacher zusammen eine Reform des Handelsrechts angeregt, welche sich hauptsächlich mit Rücksicht auf die neuen Formen der Handelsgesellschaften als notwendig erwiesen hat. Man hört oft davon reden, daß wir uns in einer Schwindelperiode befinden. Ich bin zwar nicht dieser Meinung und glaube, daß die vor einigen Jahren vorgenommene Reform des Aktienwesens sehr segensreich gewirkt hat. Aber es herrscht an der Börse eine ungeheure Korruption, eine große Leichtgläubigkeit und Ueberstürzung. Jede neue Aktiengesellschaft treibt neues Material für Spekulationen an die Börse, und es wäre demgegenüber an der Zeit, die neuen Formen der offenen Handelsgesellschaften, namentlich solche mit beschränkter Haftbarkeit, durch eine entsprechende Reform des Handelsrechts zu schützen und zu fördern.

Staatssekretär v. Oehlschlager: Die Sache liegt also doch nicht so, daß wir einfach nach den eingegangenen Vorschlägen einen Gesetzentwurf aufstellen könnten, sondern es bedarf dabei einer Ermüdung. Ich kann aber erklären, daß, nachdem auch das andere bei der Sache beteiligte Ressort die Bedürfnisfrage bejaht hat, die Vorarbeiten im Gange sind.

Abg. Zulemann (nall.) bringt zur Sprache, daß in den einzelnen Bundesstaaten eine verschiedene Gerichtsprozess in der Strafvollstreckung herrsche, sofern es sich um Verurteilungen handle, die infolge polizeilicher Verfügungen unter Berufung auf den Rechtsweg zu Stande kommen. In einzelnen Staaten werde im Gegensatz zu andern von den Gerichten die Strafvollstreckung abgelehnt, weil es sich nicht um eine Rechtshilfe, sondern um Verwaltungsmaßregeln handle.

Staatssekretär v. Oehlschlager erklärt, weder der Bundesrat noch das Reichsjustizamt sei jemals in dieser Beziehung angegangen worden. Da es sich um polizeiliche Verfügungen und deren Folgen handle, so sei dies eine Angelegenheit der Einzelstaaten und der Einwirkung der Reichsjustizverwaltung entzogen.

Es wird zum Etat des Reichsamtes des Innern übergegangen.  
Abg. Jürgens (Hr.): Ich muß bedauern, daß uns nicht die Originalberichte der Fabrik-Inspektoren mitgeteilt werden. Die vorliegende Zusammenstellung aus diesen Berichten ist in hohem Maße nach der Schablonen gearbeitet. Besonders beklage ich das Fehlen des Berichtes des Gewerberathes Wolf aus Düsseldorf, welcher mannigfache Anregungen enthält gegenüber einer ganzen Reihe von Berichten, welche in der Frage der Sonntagsarbeit und Kinderarbeit eine gewisse unerlässliche Zurückhaltung beobachteten. In Folge der zunehmenden Irregularität sind unsere Fabrikarbeiter zum übermäßigen Brandweingenuß hingezogen und der Sozialdemokratie in die Arme getrieben worden. Daß darauf die Gewerbeinspektion ihre Aufmerksamkeit richtete, ist mein Wunsch. Es darf uns ein Fingerzeig sein, daß in London das religiöse Gefühl, das im Volke lebt, den Zustand der Doharbeiter gemildert hat.

Abg. Frohme (Soz.): Die Berichte der Fabrikinspektoren lassen an einem unparteiischen, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter richtig erfassenden Urtheil sehr viel zu wünschen übrig. Die Herren haben sich auch diesmal wieder bemüht, die Arbeiterbewegungen und Arbeitervereinigungen zum Gegenstande ihrer Anschuldigungen zu machen. Es liege in unserer Zeit, über die Arbeiter herzufallen und ihren Bestrebungen allerlei unlautere Motive unterzulegen. Diese Manie hat sich auch der Fabrikinspektoren bemächtigt. Schon in den Berichten von 1886 wird das Fachvereinswesen einer ganz unzulässigen Kritik unterzogen, es soll angeblich nur sozialdemokratischen Zwecken dienen. Nach den Berichten des vergangenen Jahres sollen die Arbeitseinstellungen nur zur Vermehrung des Proletariats dienen. Der diesjährige Bericht vollends enthält unerhörte Anschuldigungen gegen die Arbeiterkoalitionen. Darnach sollen die Arbeiter nur immer systematisch zur Unzufriedenheit aufgebracht werden, während man sich doch lediglich bemüht, den Arbeitern den richtigen Weg zu einer besseren Vereinbarung mit den Arbeitgebern zu zeigen. Man kann sich schließlich nicht wundern, wenn jede freie Regierung auf dem Gebiete der Koalitionsfreiheit unterdrückt werden soll. Die Beamten in Schleswig-Holstein erklären das Vorgehen der Arbeiter nicht aus ihrer unterdrückten Lage, sondern lediglich aus agitatorischen Zwecken. Offizielle Zeitungen haben auch den großen Vergewaltigerkritik in Westfalen aus ähnlichen Gründen herleiten zu müssen geglaubt, während es sich doch hier wie überall nur um das Recht des Arbeiters handelt, seine Lage zu verbessern und einen

größeren Theil vom Produktionsertrage zu verlangen. Es giebt oft kein anderes Mittel für den Arbeiter, hierzu zu gelangen, als den Streik. Es kann höchstens die Zweckmäßigkeitfrage bei Streiks erörtert werden, nie aber die eigentliche Rechtsfrage. Die Fabrikinspektoren sollen sich also von derartigen Angriffen fern halten. In jedem Bericht werden aber die Unternehmer als durchaus ungeschuldig, wohlwollend und niemals fremd hingestellt. Die Arbeiter dagegen werden besonders in der Lohnfrage und der Frage des Lohnsatzes als vollständig unmündige Kinder hingestellt. Die Thatsache, daß einige Arbeiter am Sonnabend mit dem Lohn nicht Haus zu halten wissen, trifft nicht auf die große Mehrheit der Arbeiter. Wohl aber weiß ein großer Theil der Arbeiter, daß er es trotz allen Fleißes nie in seinem Leben zu etwas bringen wird. Die Fabrikinspektoren haben sich bemüht, gewisse Lohnformen zu empfehlen, so auch die Akkordarbeit, während gerade seitens der Arbeiter ganz energisch dagegen Front gemocht wird. Nur einer der Fabrikinspektoren scheint erkannt zu haben, daß es sich bei der Akkordarbeit um eine ganz übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft des Einzelnen handelt. Auch zur Beilegung der Streiks haben sich die Fabrikinspektoren als durchaus ungeeignet erwiesen, da sie immer vom Standpunkt der Unternehmer aus urtheilen, und man muß deshalb zu den von uns vorgeschlagenen Einigungsämtern zurückkommen. Ich wünsche, daß die Berichte unverfälscht und nicht wie bisher in Auszügen vorgelegt werden, wenn es auch nicht zutrifft, daß die Regierung diese Auszüge tendenziös aus den Berichten zusammenarbeiten läßt. Es müßte der Regierung selbst daran liegen, jede verkehrte Beurteilung der Berichte auszuschließen. Auch die Zahl der Inspektoren müßte nothwendiger Weise vermehrt werden, da die bisherigen in seiner Weise ausreichen.

Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. v. Goettlicher: Ich habe nicht geglaubt, daß in diesem Jahre von Neuem wieder die Form der Publikation der Fabrikinspektorenberichte zum Gegenstand von Bemerkungen gemacht werden würde. Jetzt ist in der That von Seiten der Regierung gegenüber dem, was sie bereits gethan hat, ein Zustand hergestellt, daß uns zu thun jetzt nichts mehr übrig bleibt. In früheren Jahren ist hier lebhaft darum gekämpft worden, ob die Berichte vollständig dem Reichstage vorgelegt werden sollten, oder ob ein Auszug, eine Zusammenstellung des wesentlichen Inhalts, ihm zugänglich gemacht werden solle. Die Meinungen im Reichstage waren getheilt und ich habe erklärt, daß mir jede Form der Publikation recht ist, welche der Reichstag beschließen würde. Die Mehrheit entschied sich damals für die Beibehaltung des bisherigen Modus, wonach eine Zusammenstellung des wesentlichen Inhalts gegeben werden sollte. Daneben ist nach dem Vorgange anderer Bundesstaaten eine vollständige Ausgabe in Preußen veranstaltet, und es kann Jeder erforschen, ob die Regierung besserer Weise in der Zusammenstellung etwas unterlassen hat; er wird sich überzeugen müssen, daß nichts Erhebliches fehlt. Außerdem kann jeder Reichstagsabgeordnete sich die Kosten der Anschaffung des Berichtes ersparen, wenn er nur in dem Bureau des Hauses die ausliegenden Berichte einsehen wollte. Ich hoffe, einen Alle befriedigenden Zustand hergestellt zu haben und bedaure, daß mir dies noch nicht gelungen. Das Studium der Berichte scheint nun aber doch beim Abg. Frohme kein gründliches gewesen zu sein. Es hat mich überrascht, von ihm zu hören, daß die Fabrikinspektoren im Grunde mit den Unternehmern ständen und daß ein Verständniß für die Bedingungen der Arbeiter bei ihnen nicht vorhanden sei. Diese Behauptung ist eine geradezu wahrheitswidrige. Der Generalbericht sagt ausdrücklich, daß der Fabrikinspektor im Königreich Sachsen Veranlassung genommen hat, die Intervention der Behörden anzufragen in Fällen, wo die Unternehmer die Vorschriften der Gewerbeordnung übertreten haben. Die Zahl der Anzeigen seitens der Fabrikinspektoren gegen die Unternehmer ist im Fortschreiten. Es geschieht also zum Schutz der Arbeiter von Jahr zu Jahr mehr. Es haben ferner die Berichte den Beweis geliefert, daß in der That die sozialdemokratische Presse und Agitation ihre Bemühungen darauf richtet, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu zerstören. (Sehr richtig!) Der Bericht zeigt, daß in einem sozialistischen Blatt, auf eine ganz unbewiesene Behauptung eines Arbeiters hin der Arbeitgeber auf das Festigste angegriffen und beschuldigt worden ist, seinen Arbeitern das Verlassen der Fabrik während der Arbeitspausen untersagt zu haben. Der Fabrikinspektor, durch die Presse aufmerksam gemacht, untersucht den Fall und findet, daß an der ganzen Behauptung nicht ein einziges wahres Wort ist. Wenn der Fabrikinspektor für Schleswig-Holstein behauptet, die sozialdemokratische Agitation sei nur darauf gerichtet, die Unzufriedenheit mit den Lohnverhältnissen zu vermehren, so hat er dafür den Beweis auch erbracht. Die Unzufriedenheit hat ihre Berechtigung nicht in den thatsächlichen Verhältnissen, sondern ihren Anlaß in der sozialdemokratischen Propaganda. Für den unbefangenen Beobachter ist es unläugbar, daß unsere Fabrikinspektoren fortgesetzt bemüht sind, den für das öffentliche Leben und für die Beschäftigung sowie für die Verwaltung interessanten Zuständen in der Arbeiterwelt ihre Aufmerksamkeit immer mehr zuzuwenden. Der Wunsch des Abg. Frohme, daß die Fabrikinspektoren nur solche Leute genommen werden möchten, die den erforderlichen Bildungsgrad und das erforderliche Verständniß für ihre Aufgaben mitbringen, wird von uns selbstverständlich getheilt, aber auch erfüllt. Wir werden vielleicht noch dazu übergehen, auch von den Fabrikinspektoren den Nachweis einer Qualifikation zu fordern. Bisher habe ich nicht gefunden, daß die Fabrikinspektoren kein Verständniß für ihre Aufgaben haben. Wenn aber der Abg. Frohme darunter verstehen sollte, daß die Fabrikinspektoren auch Reizung für sozialdemokratische Bestrebungen haben sollen, dann würde ich seinem Wunsche nicht dienlich sein können. Eine Schablone ist den Fabrikinspektoren für ihre Berichte nicht vorgeschrieben, der Tadel des Abg. Jürgens ist also unbegründet. Seine persönliche Einwirkung auf den Fabrikinspektor in Sachsen scheint mir doch nicht ganz richtig gewesen zu sein. Er hätte seine Wünsche an eine andere Stelle richten sollen. Inzwischen verkenne ich nicht sein lebhaftes Interesse für die Besserung des Arbeiterwesens und spreche ihm dafür meinen Dank aus. (Beifall.)

Abg. Frohme: Die Zunahme der Verurtheilungen wegen Uebertretung der Gewerbeordnung beweist höchstens, daß diese Uebertretungen zunehmen. Dem Unwesen des Trudsystems wird in den Berichten nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Es scheint nach diesen Berichten, als existire es überhaupt nicht mehr oder in verschwindend wenigen Fällen. Thatsächlich sind viele hundert Fälle vorgekommen, besonders in Sachsen. Die dortigen Zeitungen berichten von Dutzenden von Fällen. Auch der „Hannoversche Courier“ berichtet darüber. Die Behauptung des Staatssekretärs, daß wir die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufreizen, weise ich zurück. (Heiterkeit rechts.) Freilich, die herrschenden Klassen, und ihnen gehören ja auch die Fabrikinspektoren an, sehen in jeder Verletzung des Arbeiters, in jeder Verletzung seiner berechtigten Interessen

neue Aufregungen. Professor Schmöller hat dies Gebahren schon hirlänlich gekennzeichnet.

**Staatssekretär v. Forstner:** Der Abg. Frohme verlangt von den Fabrikinspektoren strikte Beweise für ihre Behauptungen, er selbst aber dispensirt sich davon (Weiterkeit und Zustimmung). Er meinte, über das Trudsystem geben die Berichte der Fabrikinspektoren nichts. Auf Seite 100 des Generalberichts aber heißt es, die Anwendung des Trudsystems ist nur vereinzelt wahrgenommen worden, so u. a. in dem Bezirke Jwirkau, in Sachsen-Roburg-Gotha, in Hessen, in Schwarzburg-Sondershausen. Die Strafen werden besonders spezialisiert. Diese Notizen sind um so wertvoller und zuverlässiger, als sie infolge unseres Auftrages entstanden sind, die Lohnverhältnisse, Lohnhöhe und die Art und Weise der Lohnzahlung einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Wie kommt nun der Abg. Frohme dazu, zu sagen, das ist alles wahr, was ich gesagt, denn ich habe es in verschiedenen Zeitungen gelesen. Ich lese täglich so viel Lügen in den Zeitungen, das ich an der Hälfte genug habe. Er glaubt ja nicht, was unsere Zeitungen sagen, weshalb glaubt er, was seine Zeitungen sagen? (Beifall rechts.)

**Abg. v. Frohme:** Ich konstatire, daß die Fabrikinspektoren sich nirgends so das Vertrauen der Arbeiter und Arbeitgeber erworben haben, wie gerade in Sachsen. Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung hat auch die Löhne in die Höhe getrieben. Es wäre bei den steigenden Löhnen allerdings Veranlassung gewesen, das Trudsystem anzunehmen. Die Arbeitgeber sind aber genöthigt, allen Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, um ihre Verpflichtungen erfüllen und auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Aus praktischen Verhältnissen wie ethischen Gründen, die Gott sei Dank noch eine Macht in den Kreisen unserer Arbeitgeber sind, war das größte Entgegenkommen gegen die Arbeiter geboten. Herr Frohme sollte statt von mangelnder Reichberechtigung der Arbeiter mit den Arbeitgebern zu sprechen, lieber den tendenziösen Bestrebungen gewisser Preßorgane die Thatsachen zu verdrehen und die Arbeiter aufzubehnen, entgegenzutreten, dann würden wir eher erröthen, was wir Alle erstreben, das allgemeine Wohl der Arbeiter. Es herrscht allgemeine Uebereinstimmung der Fabrikinspektoren über das fortschreitende wirtschaftliche Gedeihen der Arbeiter in Sachsen, und wir wünschen dasselbe erhalten und nicht gestört zu sehen durch Agitationen in den Arbeiterkreisen, wie sie in Sachsen thatsächlich nachgewiesen sind. Es wird deshalb mit Freude vernommen werden, daß die verbündeten Regierungen die Stellung der Fabrikinspektoren kräftigen und dieselben unterstützen wollen gegen sozialdemokratische Agitatoren, welche das gute Verhältnis stören wollen. (Beifall rechts.)

Nach 5 Uhr wird die Verathung vertagt.  
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge, betreffend die Besätze bei den Wahlen, den Befähigungsnachweis, die Abänderung des Polltarifs.)

## Kommunales.

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 14. November d. J., Nachmittags 5 Uhr.** Vorlage wegen Einsetzung einer gemischten Deputation für eine erneute Verathung des Entwurfs eines Ortsstatuts betreffend die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts nebst Einigungsamt für den Gemeindebezirk Berlin. — Berichterstatter des Ausschusses für Rechnungssachen über die Revision einer Anzahl Rechnungen. — Vorlage, betreffend die Aufstellung eines Normal-Befoldungs-Etats für die höheren Bürgerschulen — desgl., betreffend den Stand und den Fortgang der Kanalisationsarbeiten im Juli-September-Vierteljahr d. J. — desgl., betreffend verschiedene bauliche Einrichtungen auf dem Zentral-Viehhofe. — Sechs Rechnungen. — Sechs Unterstützungsachen. — Eine Remunerationssache. — Berichterstatter, betreffend den Ablauf der Wahlzeit eines Rathsmaurermeisters — desgl. über ein Naturalisationsgesuch. — Vorlage, betreffend den Ablauf der Wahlzeit eines Bürgerdeputirten bei der Schuldeputation.

**Der Stadtverordneten-Versammlung** sind jetzt die Gründe des Oberverwaltungsgerichts. Erkenntnisse in der Jethischen Angelegenheit im Wortlaute zugestellt worden. Es mögen hier zunächst die Ausführungen wiedergegeben werden, welche in der mündlichen Verhandlung der Kommission zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses gemacht hat. Dieselben gingen u. A. dahin: Das öffentliche Interesse sei durch diesen Streitfall nur insoweit berührt, als von der Bestimmung des § 21 der Städteordnung aus denjenigen Folgerungen entgegengetreten werden müsse, welche in der Entscheidung des Bezirksauschusses und in der Berufsgeschichte aus dem in dem Urtheile des Oberverwaltungsgerichts vom 2. November 1888 aufgestellten Grundsätzen gezogen worden seien. Sollte insbesondere der Grundsatz, unter jedem Wahlbezirk sei ein durch bestimmte Linien individualisirter Theil der Erdoberfläche zu verstehen, bei dem eine jede Veränderung der Grenzen mit der Vorschrift des § 21 der Städteordnung absolut unentzählich erscheinen, dahin führen, daß jede — und selbst eine durch zwingende Gründe, wie In- und Exkommunalisirungen, veranlaßte — Aenderung in der äußeren Gestaltung eines Wahlbezirks die Unzulässigkeit der danach erfolgten Ergänzungen oder Ersatzwahl noch sich ziehe oder daß in manchen Wahlbezirken eine gültige Ersatzwahl in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich sei, so werde eine solche Schlussfolgerung — falls sie an sich zutreffend erscheine — und daneben auch der Grundsatz selbst als nicht im Sinne des Gesetzes liegend erachtet. Allerdings könne nicht in Abrede gestellt werden, daß es bei etwaigen Aufgaben jenes Grundsatzes an ein für alle Mal feststehenden Kriterien für die Frage, ob ein Wahlbezirk derselbe (§ 21) gebildet sei, fehle und daß damit die Beantwortung dieser Frage von den Verhältnissen des jedesmaligen Falles abhängig bleiben müsse; immerhin aber werde eine derartige Auslegung des Gesetzes vom Standpunkte des öffentlichen Interesses eines solchen noch vorgezogen, welche zu den vorher erwähnten Konsequenzen und damit in der Handhabung der Verwaltung zu mehr oder minder unhaltbaren Zuständen führe. — Die Gründe des Erkenntnisses führen dann des Längerem aus, daß, wenn es klar zu Tage liege, daß die Veränderung das Ergebnis der Abstimmung unter keinen Umständen beeinflusst hat, sich die konkrete Wahl nicht bemängeln läßt. Im übrigen werden die in der Entscheidung vom 2. November 1888 (Sache Jahnbrück) aufgestellten Grundsätze nicht fallen gelassen, vielmehr überoll festgehalten, auch insoweit, daß es nicht thunlich ist, den Worten des Gesetzes, welche denselben Wahlbezirk zur Wahl beufen, einen Sinn unterzulegen, daß damit nur im Großen und Ganzen derselbe oder im Wesentlichen derselbe oder etwas Ähnliches, gemeint sei. Die folgende Gemeindevertheilung finde ihrerseits in der Städteordnung selbst die Ermächtigung des Magistrats, die Grenzen der Wahlbezirke jeder Zeit abzuändern und berufe sich dafür auf den Bericht der Kommission des Herrenhauses zu § 14 der Städteordnung, welcher zwischen „erheblichen“ und „unerheblichen“ Aenderungen nicht unterscheidet. „Aber die Aenderung der Kommission eines einzelnen Faktors der Gesetzgebung ist dem klaren Wortlaute des Gesetzes gegenüber bedeutungslos. Als Belag dafür, daß auch anderweit diese Auffassung des Gesetzes nicht getheilt wird, mag auf die Verhandlungen beider Häuser des Landtages über den Antrag Straßmann-Jule aus den Jahren 1882 bis 1884 und auf diesen Antrag selbst verwiesen werden. Wenn bei jenen Verhandlungen die

Unterscheidung zwischen erheblichen und — ihrem Begriff noch unbestimmbar — unerheblichen Veränderungen nicht besonders hervorgehoben ist, so folgt doch daraus in seiner Weise, daß man etwa die letzteren als erlaubt angesehen hat. Das fortgesetzte Korrigiren der Wahlbezirks-Einteilung — so bemerkte der Vertreter der Staatsregierung in der Sitzung des Herrenhauses vom 19. Mai 1884 — sei nicht für zulässig zu erachten und müsse, wo es vorkomme, abgestellt werden. Es mögen sich im Falle der In- und Exkommunalisirungen Schwierigkeiten ergeben. Erweisen sie sich im Rahmen des bestehenden Rechtes als unlösbar, so wird Abhilfe nur im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden können. Immerhin aber muß in Erwägung kommen, ob nicht bei dem Nebeneinander bestimmter Vorschriften über die Veränderung des Stadtgebietes einerseits (§ 2 der Städteordnung) und der Satzungen des § 21 andererseits sich für diesen Spezialfall innerhalb des geltenden Rechtes ein Ausweg finden läßt.“

## Lokales.

**Zur Frage des Zurückbehaltungsrechts der Handwerker** theilt das „Grundrighum“ einen lehrreichen und interessanten Fall mit. Ein Klempnermeister wurde von einem Miether bestellt, einen Wasserhahn zu repariren. Er that, wie ihm geheißen und verlangte, nachdem er die Reparaturen vorgenommen und den Hahn wieder angeschraubt hatte, zwei Mark Reparaturkosten. Da erklärte der Besteller aber, er bezahle nichts; diese Reparaturen seien Sache des Hauswirths. Nun wandte sich der Handwerksmeister an den Hauswirth. Der aber lachte und meinte er solle sich von dem bezahlen lassen, von dem er bestellt worden sei. Er (der Hauswirth) bekomme von dem betr. Miether noch eine rückständige Miete für ein halbes Jahr und bezahle demzufolge seinen Pfennig. Nun erhaltete der Klempnermeister seinem Auftraggeber wieder Rapport und verlangte, freilich wieder ohne Erfolg, von diesem Zahlung. Er ließ auch hinzufügen, daß er den Wasserleitungshahn wieder abschrauben lassen werde. Jedoch auch diese Drohung fruchtete nichts und der Handwerksmeister konnte von keiner Seite Geld erhalten. Da beauftragte er seinen Gesellen, den Wasserleitungshahn wieder abzuschrauben und zurückzubringen. Dies geschah, und der Wasserhahn wurde, nachdem er, um Verwechslungen zu vermeiden, kennlich gemacht worden war, am Lager gelegt. Dieser Schritt zog dem Meister unerwarteter Weise eine Anklage wegen Diebstahls zu, welches Delikt die Staatsanwaltschaft in der oben geschilderten Handlungsweise erblidete. Der Angeklagte hatte sich nun wiederholt vor dem Schöffengerichte zu verantworten. Derselbe bestritt, daß er den Wasserleitungshahn sich habe aneignen wollen. Er habe ihn nur bis nach erfolgter Bezahlung zurückbehalten wollen, und ein Handwerker habe das Recht, die Gegenstände so lange zu behalten, bis er Zahlung erlangt habe. Das Schöffengericht trat dieser Auffassung indessen nicht bei, nahm vielmehr an, daß der Angeklagte thatsächlich einem Anderen eine fremde bewegliche Sache ohne Recht weggenommen habe. Es sei zwar richtig, daß ein Handwerker auf Grund von § 767 ff. des bürgerlichen Gesetzbuches ein Retentionsrecht an den Sachen, welche ihm zur Reparatur übergeben worden sind, wegen der auf die Sache gemachten Verwendung hat und diese Sachen so lange zurückhalten kann, bis er Befriedigung erlangt hat, allein dieses Retentionsrecht sei er verlustig, sobald er die Sache zurückgeben habe. Sehe er sich eigenmächtig wieder in den Besitz derselben, so könne er sich zur Entschuldigang auf das ihm zustehende Retentionsrecht nicht berufen.

**Der alljährliche November-Sternschnuppensturm** der sogenannten „Leoniden“ wird in diesem Jahre in der Zeit von heute bis 15. November, in den Morgenstunden sichtbar sein. Der Name „Leoniden“ rührt daher, daß bei diesem Novemberstauer die einzelnen Sternschnuppen sämmtlich von einem Punkte im Sternbilde des Löwen, „leo“, ihren Ausgang genommen zu haben scheinen. Es ist dies nur eine Wirkung der Perspektive, indem thatsächlich alle diese kleinen Körperchen, die infolge der ihnen innewohnenden großen Geschwindigkeit und des ziemlich bedeutenden Widerstandes beim Eindringen in unsere Atmosphäre in lebhaftes Glühen gerathen und dadurch erst dem Auge des Beobachters sichtbar werden, in parallelen Bahnen ihren elliptischen Lauf um die Sonne ausführen. Parallel neben einander gehende Reihen rufen aber bei einem Beobachter, der sich an dem einen Ende befindet, den Eindruck hervor, als liefen sie am anderen Ende in einem Punkt zusammen. Vorläufer des großen Schwarmes werden schon seit einigen Tagen beobachtet.

**Meteore** sind jetzt nichts seltenes mehr, seit die Reporter auf dieses Gebiet aufmerksam geworden sind. So berichtet eine hiesige Korrespondenz, daß am Sonnabend Abend um 6 Uhr 25 Minuten dicht bei Zehlendorf wieder ein Meteor beobachtet worden ist, das von großartiger Intensität war. Die Passagiere des nach Zehlendorf fahrenden Lokalguges hatten Gelegenheit, das Meteor ganz deutlich zu sehen, wie es wie eine große, elektrische leuchtende Glasugel mit langem Strahlenschweif vom Himmel zur Erde schoß. Aufsehend ist es auch in der Nähe von Zehlendorf niedergefallen.

**Ein starker Raufrost** ist in der Nacht zum Montag gefallen. Im Freien ging demselben ein so dichter Nebel voraus, daß die Eisenbahnfahrer vielfach nicht zu sehen waren; die Fußgänger, welche Nachts unterwegs waren, mußten sich durch Zuruf vor Zusammenstoßen warnen. Auf der Spree, bei der Trepptower Eisenbahnbrücke, stehen zwei Räder aneinander und beschädigten sich erheblich, wie man beim Löschen ihrer Ladung am Montag Morgen feststellte. Bis zum Vormittag 11 Uhr hielt sich trotz Sonnigkeit des Tages Reis und Eis auf marchen Stellen in der Umgebung Berlins. Man hat Nachts im Freien bis zu 4½ Grad Kälte gehabt.

**Die Spree und der Rummelsburger See** sind im steten Waalen begriffen. Der Wasserstand hat schon jetzt eine ungewöhnliche Höhe erreicht, so daß bereits niedrig gelegene Acker- und Wiesengrundstücke unter Wasser gelegt sind. Die hert am Rummelsburger See auf dem Tübbel'schen Grundstück befindliche Angler Kolonie ist bereits an einzelnen Stellen vom Wasser umspült, ebenso stehen auch die Wiesen neben dem am Trepptower Spree-Ufer entlang führenden Promenadenwege unter Wasser.

**Zur Telephonstatistik.** Am 31. März d. J. hat die Postverwaltung die Gespräche gezählt, welche per Telephon geführt wurden, und es ergab sich dabei für das gesammte Reichspostgebiet (also ohne Bayern und Württemberg) die Zahl von 545 234 Gesprächen; davon entfielen allein auf Berlin 187 371; in dieser Zahl sind die Gespräche nach außerhalb nicht mit enthalten. Die innerhalb der Stadt befindlichen Leitungen hatten eine Länge von 16 542 Kilometern, das sind 2200 deutsche Meilen; die Zahl der Sprechstellen betrug 9534.

**Die enorme Zunahme der Bevölkerung** unseres Vorortes Weihensee macht den Bau eines eigenen Volkshauses notwendig. Seitens der kaiserlichen Ober-Post-Direktion in Berlin ist für Weihensee ein Grundstück in der Königschauffee erworben worden, auf welchem baldigst mit dem Bau einer größeren postlichen Anstalt vorgegangen werden wird.

**Die Paulstraßenbrücke**, welche berufen ist, die direkte Verbindung des Stadttheils Moabit mit dem Westen herzustellen, scheint aus dem Nebel, in welchen sie bisher noch immer gehüllt ist, nach und nach der Wirklichkeit doch näher gerückt zu werden. Die Pläne zu dem Brückenbau liegen augenblicklich im Ministerium, wo die architektonische Ausstattung einer Prüfung unterzogen wird und es ist wahrscheinlich, daß die Bauarbeiten im Frühjahr ihren Anfang nehmen werden.

**Die Fertigstellung der Pferdebahnlinie** Charlottenburg-Prinzipalgericht, für welche die Stadt schon vor 2 Jahren die Konzession erteilt hat, scheint sich gehend zu sein. Nachdem die Gokfensbrücke hergestellt war, wurde plötzlich die Forderung einer Verabreichung der Pferdebrücke aufgestellt und nachdem auch diese befreit worden, hörte man von der Pferdebahnlinie lange Zeit gar nichts mehr. Am vorigen Sonnabend hat nun die Charlottenburger Pferdebahngesellschaft endlich die polizeiliche Konzession für die innerhalb Berlins liegende Strecke der Pferdebahn erhalten und sie hofft, daß dies in kürzester Frist auch für die Strecke innerhalb des Charlottenburger Reichthums geschehen wird. Mit dem Einlezen der Schienen soll bald begonnen werden und es ist zu hoffen, daß die Betriebseröffnung im Laufe des Winters stattfinden kann.

**Bei den polizeilichen Milchuntersuchungen** im Oktober ca. 46 500 Liter Milch zur Untersuchung, wovon 370 Liter beanstandet werden mußten. In 74 Fällen war ein strafrechtliches Einschreiten veranlaßt. In Ganzen betrug die Zahl der Untersuchungen 2047.

**Der Fremdenverkehr** erreichte im Monat Oktober Höhe von 46 788 Fremden. In hiesigen Gasthöfen sind 22 Hotels garnis und Chambres garnis 4908, sonstigen Verkehr 9064 abgestiegen.

**Das Schillerdenkmal** war am Geburtstag des Dichters reich mit Lorbeerkränzen geschmückt. Ein sonderbares Abenteuer passierte, wie die „B.Z.“ mittheilt, einem Herrn, der am gleichfalls einen Kranz am Denkmal des Dichters niederlegen wollte. Er wurde daran von einem Schutzmännchen mit dem merken gehindert, daß es dazu der Einholung einer förmlichen Genehmigung der städtischen Polizeidirektion bedürftig sei. Da der Verehrer des Dichters von dieser sonderbaren Bestimmung keine Ahnung hatte, mußte er unverrichteter Sache abgehen. Die städtische Polizeidirektion scheint sich demnächst Mühen zuzulegen, die seither nur am Wolkenmarkt geübt wurden.

**Ein gewaltiges Schadenfeuer** wüthete in der Nacht vom Montag bis zum Dienstag Mittag in unserem Nachbarort Weihensee. In noch unaufgeklärter Weise war in der Nacht bis zum Dache hinauf gefüllten Scheune des Wirths M. in der Berlinerstraße Feuer ausgebrochen, welches der Entdeckung des Brandes schon derartige Dimensionen angenommen hatte, daß an ein Retten des Gebäudes und seines Inhaltes nicht zu denken war. So mußten sich die anwesenden Feuerwehren nur auf das Schützen der anstehenden Gebäude und Stallungen beschränken, was bei der furchtbaren, aus Feuerbeerd austretenden Hitze sehr schwierig war und nicht gänzlich gelang, so daß ein anstehendes Stallgebäude sowie eine Remise gleichfalls erheblich durch Feuer zu Schaden hatten. Die Scheune selbst ist total niedergebrannt, der Scheune Herr M. dadurch erleidet, nicht unbedeutend, da die Gebäude nur mäßig versichert sein soll.

**In den Dammwäldern** ist ein Brahm gesunken, welchem sich eine der dortigen Bauten näherte. Derselbe liegt jetzt hinter dem rechten Wasserbau und konnte trotz verzweifelter Anstrengungen, welche sogar Dampfstraßen gemacht sind, nicht gehoben werden. Das Brahm rammte an jener Stelle verbiest sich natürlich vor der Damm.

**Aus heiler Haut** sollte nach der Versicherung der in der Kottbuserstraße wohnenden Frau N. eine entzündliche Geschwulst entstanden sein, welche die rechte Hand der Frau und Unterarm befallen hatte, so daß die etwa 50jährige Frau nicht mehr im Stande war, den Arm oder die rechte Hand zu bewegen. Diesen Erkrankungen „aus heiler Haut“ gehen sind nun aber die Ärzte misstrauisch und auch der von Frau N. zu Hilfe gebetene Arzt wollte von der heilen Haut als Krankheitsursache nichts wissen. Nach eingehender Untersuchung des kranken Gliedes behauptete er, daß die Erkrankung an der rechten Hand, etwa in der Gegend des Kleinfingergelenkes, seinen Ursprung genommen habe. Die Frau verwickelte sich von keiner Verletzung oder auch nur schmerzregender Berührung an der betreffenden Stelle etwas zu wissen, der Arm blieb ebenso bestmmt bei seiner Meinung. Da vor einigen Tagen fällt der erwachsenen Tochter der Frau N. bei Beschäftigung mit einer Näharbeit ein, daß ihre Mutter ein Wohnort habe, beim Nähen den Faden zum Zweck des Abstreifens um die Hand zu schlingen, wobei der Faden den heiligen Ruck in das Fleisch der Hand einstechnete. Als dem Arzte diese Mittheilung gemacht wurde, erklärte er sofort, daß allem Anscheine nach in diesem Falle der Frau N. die Ursache der Erkrankung zu suchen sei, dem noch vorräthigen Nähgarn ist ein Theil zur chemischen Untersuchung gegeben worden, um festzustellen, ob und welche Stoffe von gesundheitschädlicher Beschaffenheit demselben enthalten seien. Der Zustand der Frau N. ist ein sehr bedauerlich erregender, zu ihrer Behandlung ist noch ein zweiter Arzt gezogen worden. Es hat sich ein langer Gipswulst an dem Unterarm und Hand gebildet, der an dem Kleinfingergelenk öffnet und dessen Behandlung eine äußerst schmerzhaft ist, ist fraglich, ob der Kräftezustand der Frau ausreichen wird, die Kräfte der Krankheit zu überleben.

**Mit der Heilerin einer „Damenkneipe“** in der Lothringersstraße schloßte, wie die „B.Z.“ zu erzählen hat, am Montag Nachmittags in der vierten Stunde ein elegantes Herr. Sonstige Gäste waren in dem Lokal nicht anwesend. Die Champagnerproppen knallten und der Gast hatte bald eine anhängende Bege gemacht. Wie erkaunte aber der Besizer des Lokals, als er Abends gegen 7 Uhr seine Räume betrat, wollte und noch kein Gas angeschlossen fand. Die Kellerregungelos auf dem Sopha; sie wird sich wohl ordentlich kneipt haben, dachte der Wirth. Als er des Mädchens nicht mit schwerer Mühe ermunterte hatte, konnte dasselbe nur langsam seine Gedanken sammeln. Plötzlich entdeckte sie, daß ihre Tasche mit Inhalt verschwunden sei. Aber auch der Wirth ist nicht verschont geblieben; die Ledertasche war erbrochen und Inhalt, ungefähr 30 M., entwendet. Auf dem Sopha saß man später ein chloroformgetränktes Tschentuch, womit unheimliche Gas das Mädchen betäubt hatte. Die Heilerin glaubt bestimmt, den Mann schon einmal in einem anderen Lokal bedient zu haben. — Die Bürgerschaft für die Rückgabe dieser stark romantisch klingenden Angaben bleibt natürlich im „Berl. B.“ überlassen.

**Von einer mysteriösen Verhaftung** weiß eine hiesige Lokalkorrespondenz zu erzählen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag bemerkte Frau V., die Besizerin des in der Lothringersstraße belegenen bekannten Cassel'schen Hotels, in welchem wegen einer darin gefeierten Hochzeit das regale Leben herrschte wie eine elegant geführte und tief vertheilte Dame, die Treppe erklimmte und in einem der Korridore verschwand. Die Besizerin der Dame nach und erreichte sie in der Küche, wo sie unbekannt das anwesende Dienpersonal scheinlich durch schnell irgendwo zu verdecken. Sie solle verhaftet werden, sie unter Kontrolle stehe und die Sittenpolizisten ihr die Spur seien. Während das Dienpersonal von sprachlos trat Frau V., eine energische Dame, der Fremden entgegen packte sie beim Arm, riß ihr den Schleier vom Gesicht und erkannte, daß die gebrunnholle Person ein Mann war. Rummel rief Frau V. den Hausdiener und die Heilerin herbei, ehe aber noch diese den Eindringling ergriffen, ergriffen in Begleitung eines Nachwächters und Schutzmannes die Kriminalbeamten und bemächtigten sich der Verdodame. Den Beamten verfolgt, war sie, um sich der drohenden Verhaftung zu entziehen, in das Hotel zum König von Paris geflüchtet und hatte sich dort zu verbergen gesucht. In der That war es dem Menschen gelungen, aus diesem glücklich wieder herauszukommen, da ihm aber die Verhaftung nicht auf den Fernen waren, so suchte er zum zweiten Mal

haltung in  
Biel, in 1  
erfolgt  
Befolgung  
kann, so da  
nicht mehr  
Selbst  
war, hat f  
in Schlaf  
Beden zu m  
mit dem et  
da die Rüb  
so sollte im  
Inzwischen  
werden zu  
seiner Frau  
einen Brief  
sine B-ant  
machen hat  
Hagen, das  
ich an die  
gegenwärtig  
beimleten  
zu der W  
wichtigste S  
Beden zur  
Keter weh  
anhan we  
überfört.  
Som  
mitag 11 U  
eiglassenen  
ein am Gel  
der Zug w  
Pflanze b  
Hüte. Den  
Geldfall in  
maniger sein  
Einen  
früh in der  
arbeit. U  
Estrage lag  
hülle sich d  
Scherereien  
mehr angen  
verpolizei t  
Wiedererw  
Wälder stre  
Prin  
Wanderer  
nach von  
bit veranla  
Krankebau  
war in un  
Eine  
100 sich bei  
Kottbuser  
güde war  
hoben beia  
Gendstrib  
nach, und  
Kernten.  
Hie  
Hie  
Ein  
gubern Ube  
Laden zur  
kamme san  
wichtigen  
von wittler  
verlieh  
erstem B  
fund man  
Friedrich  
Ein  
der Königl  
bestimmten  
Beranlassun  
Die Unbek  
geleht.  
Nähr  
graben.  
wider Fre  
arbeit, we  
dieser nicht  
der Un  
Ende zu r  
Roter als  
Lepie.  
Ein  
einem Neu  
und Charlo  
wichtig in  
Beriegunge  
nach dem  
Ein  
gehern No  
wiefahren  
verleht. W  
soll an dem  
Das  
mitag wur  
widertrahe  
metallisch  
Geldend se  
güde.  
Ein  
Unter dem  
wichtigste  
O. trug ei  
bei dem P  
belliche A  
Savontrug.  
In N  
in ganz e  
Schlebung  
in Klimm  
Wogens  
Eule des  
Abends h  
Lauten d  
Krankeiter  
Polly  
Differenz  
nach den  
Kochverba  
michte.  
Drubau g  
Warenen  
Latorer. R  
Quelle Bro  
überfahren  
führung n  
zu de  
dem Gr  
brifers  
wiele d  
von Schot

Wohnung in dem unmittelbar daneben belegenden Casselischen Hof, in welchem jedoch keine Arretierung in der geschuldeten Weise erfolgte. Der der Festgenommenen war und was seine Verhaftung veranlaßt, darüber gaben die Beamten keine Auskunft, so daß der Phantasie der weiteste Spielraum bleibt über die mysteriöse Verhaftung.

**Selbstmordversuch.** Weil sie ihrem Bräutigam zu alt war, hat sich am Montag Nachmittag die in der Grenzstraße in Schloßstraße wohnende 38jährige Näherin Emilie K. das Leben zu nehmen versucht. Dieselbe war seit mehreren Jahren mit dem etwa gleichaltrigen Schlosser Eduard H. verlobt, und da die Näherin in diesem Jahre einige Hundert Mark geerbt, so sollte im nächsten Monat bereits die Hochzeit stattfinden. Inzwischen aber scheint dem Bräutigam die Verlobung leid geworden zu sein; H. ließ sich seit einigen Wochen nur wenig bei seiner Braut sehen, bis er schließlich am Montag der H. durch einen Brief mittheilte, daß er von der Verlobung zurückziehe, weil seine Braut ihm schon zu alt sei und er eine bessere Partie machen könne. Die H. nahm sich diese Kränkung derart zu Herzen, daß sie sich das Leben zu nehmen versuchte, indem sie sich an dem Fensterrahmen ihrer Schlafkammer aufknüpfte. Im gegenüber belegenden Hofgebäude am Fenster stehende Arbeiter bemerkten das entsetzliche Vorhaben der Näherin, eilten schnell zu der Wirtin derselben, und so gelang es, die bereits bewußtlose Selbstmörderin noch rechtzeitig abzukneipen und ins Leben zurückzurufen. Da die H. sich verzweifelt gegen ihre Mutter wehrte und erklärte, daß sie sich doch noch ein Leid anhaben werde, wurde sie nach einem benachbarten Krankenhaus überführt.

**Vom Zuge überfahren.** Von dem am Sonntag Nachmittag 10 Uhr 10 Minuten auf der Stettiner Bahn von Berlin abgegangenen Zuge wurde etwa 1 Kilometer hinter Oberswalde ein am Geleise stehender Mann niedergestrichen und überfahren. Der Zug wurde sofort angehalten, und ein in demselben als Passagier befindlicher Arzt leistete dem Verletzten die erste Hilfe. Dem Lokomotivführer soll keine Schuld an dem Unglücksfall treffen; wie es heißt, soll der Ueberfahrene ein Fremder sein.

**Einen seltenen Leichensfund** machten am Sonnabend früh in der Friedenstraße mehrere zur Arbeit gehende Fabrikarbeiter. Auf dem Bürgersteig vor dem Hause 74 der genannten Straße lag nämlich ein todtes Schwein. Allem Anschein nach hatte sich der Besitzer des eingegangenen Borkentbieres, um Scherereien mit den Behörden zu vermeiden, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege entledigt. Die benachrichtigte Revierpolizei veranlaßte die Fortschaffung des Kadavers mittelst Abschleppens nach der fiskalischen Abdeckeri in der Mühlstraße.

**Sein Aufziehen der Wahe** wurde gestern Mittag der Wangelstraße wohnhafte Knabe Max K. in der Wangelstraße von einem Arbeitsfuhrwerk überfahren und zog sich dabei mehrere Verletzungen am Kopfe zu, daß er nach dem Krankenhaus Beihanen geschafft werden mußte. Der Knabe war in unachtsamer Weise in den Wagen hineingelaufen.

**Ein gräßliche Verhimmelung der rechten Hand** hat sich bei der Arbeit am Humboldtstaken der in der Reinholdstraße wohnhafte Arbeiter Franz Sch. zu. Der Verunfallte war an einem Kranh mit dem Wägen eines mit Sandsteinen beladenen Rahnes beschäftigt und wollte einen schweren Sandsteinblock in richtige Lage bringen. Da gab die Kette nach, und die herabfallende Last jermalmte die Hand des Mannes. Sch. wurde sofort nach einem Krankenhaus geschafft. Hier mußte die Hand amputiert werden.

**Ein unbekannter, etwa 20jähriger Mensch** hat gestern Abend im Thiergarten an der großen Querallee seinem Leben durch einen Revolverstich ein Ende gemacht. Polizeibeamte fanden den Lebensmüden auf. Die Kugel hatte den tödlichen Tod herbeigeführt. Die Leiche wurde nach dem städtischen Leichenschauhaus geschafft. Der Selbstmörder ist von mittlerer Größe, blond und trägt einen Schnurbart. Er war bekleidet mit schwarzem Rod, braunem Ueberzieher, grauem Hemd, schwarzer Pelzmütze. In seiner Brusttasche fand man Schriftstücke mit den Adressen Maurermeister D., Friedrichstraße, und Max S., Oranienstraße.

**Ein unbekannter ältere Frau** wurde gestern Abend in der Königsgrabenstraße in einem Hausflur in bewußtlosem, hilflosbestäubtem Zustand von Polizeibeamten aufgefunden und auf Veranlassung des 72. Polizeireviers in die Charitee geschafft. Die Unbekannte ist bis heute noch nicht zum Bewußtsein zurückgekehrt.

**Nahrungsjorgen** haben einen Familienvater in den Tod getrieben. Der in der Wilhelmstraße wohnhafte Schneidermeister Franz M., welcher für die große Schneidermeisterarbeit, vermochte nicht die Miete zu bezahlen und war infolge dessen nicht weit von der Exzisionskammer entfernt. Das nahm sich der Unglückliche so zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende zu machen beschloß; sein kleines Töchterchen fand den Vater als Leiche vor, als es von der Schule nach Hause zurückkehrte.

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich gestern auf einem Neubau in der Bringen-Allee. Der Zimmerer August K. aus Charlottenburg hatte eine Leiter befestigt. Diese geriet plötzlich in's Schwanken und fiel um. K. zog sich außer inneren Verletzungen einen Bruch des linken Beines zu und wurde nach dem Lazarustrankenhaus geschafft.

**Ein chinesischer Student**, Namens Mitsuta, wurde gestern Nachmittag auf dem Pariser Platz von einer Droßke überfahren und anscheinend an den Beinen nicht unterblich verletzt. M. wurde in ein Krankenhaus geschafft. Den Kauscher soll an dem Unfall keine Schuld treffen.

**Das Ende des Drehorgelspielers.** Gestern Nachmittag wurde am Kottbuser Ufer die Leiche des in der Köpenickerstraße wohnhaften Drehorgelspielers B. aus dem Landwehrkanal gezogen. B. war vor einigen Tagen in angetrunkenem Zustand sammt seinem Instrument in den Kanal hineingefallen.

**Ein Ueberschreiten des Fahrdammes** der Straße „Unter den Linden“ wurde gestern der in der Bringen-Allee wohnhafte Arbeiter August G. von einer Droßke umgefahren. Bei dem Fall zur Erde so unglücklich auf ihn, daß er erhebliche Verletzungen am rechten Knie und am Genick davontrug.

**In Himmelsburg** herrschen Scharlach und Diphtheritis in ganz erheblichem Umfange, so daß man täglich auf die Abklärung der Schule wartet. Namentlich tritt Diphtheritis in schlimmer Form auf. In einzelnen Fällen sind Kinder früh Morgens ohne Anzeichen einer beginnenden Krankheit in die Schule gegangen, Mittags unwohl nach Haus gekommen und abends haben sie schon im Fieber gelegen. Infolge dessen glauben die Eltern, daß die Uebertragung der ansteckenden Krankheiten hauptsächlich in der Schule stattfindet.

**Polizeibericht.** Am 11. d. M. Morgens stürzte ein Mann am Süd-Ufer mit dem schon gewordenen Pferd und nach dem rechten Unterschenkel, so daß er nach Anlegung eines Knochenschnitts nach der Universitätsklinik gebracht werden mußte. — Vormittags fiel der Zimmerer Raub auf dem Kaiserpark in der Bringen-Allee 24 mit einer Leiter um und erlitt einen schweren Bruch des linken Unterschenkels. Er wurde nach dem Kaiserpark-Krankenhaus gebracht. — Mittags wurde vor dem Wangelstraße 10 ein 5jähriger Knabe von einer Equipage überfahren und am Kopf so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Beihanen erforderlich wurde. — Zu derselben Zeit wurde im Landwehrkanal gegenüber dem Grundstück Kottbuser Ufer 43 die Leiche des Arbeiter Bult aufgefunden und nach dem Schauhaus geschafft. — Nachmittags fand in der Fabrik von Schotte im Seitenflügel des Hauses Potsdamerstr. 41 A

eine Gasexplosion statt, wobei ein Arbeiter Verletzungen am Kopfe erlitt. — Zu derselben Zeit wurde ein Schneidermeister in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße erhängt vorgefunden. — Abends wurde im Thiergarten, in der Nähe der Zellen, ein unbekannter, etwa 20jähriger Mann mit einer Schusswunde in der rechten Schläfe todt aufgefunden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft. — Zu derselben Zeit wurde ein Schankwirth im Hure des Hauses Weydingergasse 2 von zwei unbekanntem Männern angegriffen und durch einen Messerstich und einen Schlag mittelst eines stumpfen Gegenstandes im Gesicht nicht unbedeutend verletzt. — Auf dem Plage vor dem Brandenburger Thore wurde zu derselben Zeit ein etwa 18 Jahre alter Japaner von einer Equipage überfahren und anscheinend innerlich verletzt, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte.

## Gerichts-Beitung.

**Die bekannten Reklamen in Form und Farbe der Eintausendmarknoten** trugen dem Urheber eine Anklage wegen groben Unfugs ein, welche heute vor der 97. Abtheilung des Berliner Amtsgerichts I zur Verhandlung gelangte. Der Mechaniker Paul Tempel hat mittelst dieser Zettel, auf deren Vorderseite Jedem eine Reichsantnote von Eintausend Mark gewünscht wird, deren Rückseite auf welchem Untergrunde die einzelnen offerirten Gegenstände verzeichnet sind, sein physikalisch-optisches Institut, Soanauerbrücke 1, empfohlen und tiefe Reklamen rammelich in den Räumen der Ausstellung für Unfallverhütung vertheilt lassen. Die Polizeibehörde hatte hierin nichts Unrechtes gefunden, bis sie Anfangs September dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft in Berlin die Mittheilung erhielt, daß dort ein Halbhühner aus der nächsten Umgebung einen solchen Schein als taufend Mark ausgegeben hat. Infolge dessen ist unter der Annahme, daß diese Reklamescheine zur Förderung betrügerischer Manipulationen geeignet sind und deshalb die öffentliche Ordnung stören, die obige Anklage erhoben worden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Friedmann, führt aus, daß die gewählte Form der Reklame eine durchaus legale sei, die nur den Zweck habe, daß die Adresse des Ausstellers längere Zeit aufbewahrt werde, als es sonst der Fall sein würde; daß diese Scheine als Banknoten ausgegeben oder angenommen werden, erscheine ihm ausgeschlossen, da schon ein oberflächlicher Blick ihre Qualität erkennen lasse. Der Gerichtshof erachtete aber diese Scheine als geeignet zu einer Störung der öffentlichen Ordnung und verurtheilte den Angeklagten zu 10 Mark ev. 2 Tagen Haft.

**Der verurtheilte Leichenschederer** Ernst Pippoldt, in Verbrechenkreisen bekannt unter dem Spitznamen „Der dicke Ernst“, von dem wir vor einiger Zeit berichteten, daß er wegen Vererbung eines Schlafers in öffentlichen Parkanlagen vom Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden sei, obwohl bekannt war, daß er seine bei der Vererbung etwa aufwachsenden Opfer mit dem Ohsensticker wieder in den Zustand der Wehrlosigkeit versetzte, ist nunmehr doch auf längere Zeit unschuldig gemacht worden. Zu der oben erwähnten Strafe von nur sechs Wochen gestellte sich zunächst im Monat Oktober eine Bekrafung wegen Verletzung, Körperverletzung und groben Unfugs von neun Monaten Gefängnis und sechs Wochen Haft. Gestern stand Pippoldt, der mittlerweile zum 11. Artillerie-Regimente in Thorn ausgehoben worden ist, vor der 4. Strafkammer. Diesmal lautete die Anklage auf Beleidigung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Verdröhung, wissentlich falsche Anschuldigung und Betheilei. Die Verhandlung gestaltete sich recht turbulent. Der Angeklagte drohte einem der Zeugen, der gegen ihn aussagte, er würde ihm den Hals umdrehen und ging auch wirklich mit einem Stuhle auf denselben los, woran er indessen durch die Gerichtsdiener gehindert wurde. Er wurde mit einer Zusatzstrafe von einem Jahre Gefängnis und sechs Wochen Haft belegt, so daß er jetzt gerade noch zwei Jahre zu verbüßen hat. Als er abgeführt wurde, äußerte er frohlockend: „Jetzt brauche ich wenigstens nicht Soldat zu werden!“

**Die hatilliarischen Existenzen der Rennbahn** sandten einen ihrer würdigsten Vertreter in der Person des Kaufmanns Adolph Labaschin aus Berlin am Dienstag vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Labaschin, der wegen Untreue und Unterschlagung angeklagt war, hat am 26. April auf der Rennbahn in Wehensee folgenden Coup ausgeführt: Er wettete mit anderen Personen gemeinsam insofern, daß jeder einen bestimmten Theil von 10 M. beisteuerte, wofür alsdann ein Tictel gelöst wurde. In dieser Weise wettete er auch mit drei Damen auf die Nummer 6 im fünften Rennen. Das betreffende Pferd siegte, es gab auf 10 M. 533 M., als sich aber die Mitspieler nach Labaschin umfahen, war derselbe verschwunden. Als er nach einigen Tagen ermittelt und aufgesucht wurde, machte er die Ausrede, daß er ein Tictel auf Nr. 6 gar nicht gehabt, sondern wohl aus Versehen eine Nr. 16 erhalten hätte. Dasselbe behauptete er auch im ersten Termine, der vor einigen Wochen stattfand. Er erklärte das Versehen damit, daß er — weil er keinen Zutritt zum Totalisator hatte — sich das Tictel habe durch einen Herrn holen lassen müssen, den er nur vom Ansehen gekannt habe. Es sei kurz vor Beginn des Rennens und daher sehr eilig gewesen, er habe daher gar nicht bemerkt, daß ihm der betreffende Herr Nr. 16 statt 6 gebracht habe und da Nr. 16 nicht gewonnen habe, so habe er das Tictel weggeworfen und sei harmlos seiner Wege gegangen, ohne seine Mitspieler zu benachrichtigen, weil das doch an der Sache nichts geändert hätte. Nun hatte er schon im vorigen Termine das Malheur, daß ihm durch die Belastungszeugen nachgewiesen wurde, daß ihm der Herr, welcher das Tictel besorgte, sehr wohl bekannt war und daß dies der Restaurateur Jähne sei. Die Sache wurde damals verlegt, um zu der erneuten Verhandlung Herrn Jähne vorzuladen. Dieser bekundete denn auch, daß er dem Angeklagten nur eine Nr. 6 beschafft hätte. Der Fall sei ihm deshalb so genau im Gedächtnisse haften geblieben, weil der Sieg der Nr. 6 ein ganz unerwarteter gewesen und ein Gewinn daraus gefallen sei, der allgemeine Sensation hervorrief. Obendrein ergab sich, daß der Angeklagte die von ihm im Auftrage Anderer erworbenen Tictels in mehr Antheile zerlegte und weitergab, als wie die von Mitspielern gemachten Einsätze zuließen. J. B. berebete er drei Damen, je 250 M. zuzuschicken, den vierten Antheil wollte er nehmen. Eine Frau Dahms legte das Geld für sich und die beiden anderen Damen aus und gab ein Zehnmarkstück her. Labaschin versprach, seinen Antheil mit 250 M. zu decken, sobald er nur das Tictel beschafft haben würde. Frau Dahms hat aber auch die 250 bis heute noch nicht erhalten, so wenig wie ihren Gewinn. Ein Herr Gräß bekundete aber, daß ihm der Angeklagte einen Antheil von Nr. 6 und einen weiteren Antheil von Nr. 16 mit je 250 M. verkauft. Zeuge hat ganz bestimmt gesehen, daß Labaschin sowohl die Nr. 6 wie die Nr. 16 vom 5. Rennen in der Hand hatte. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und motivirte diesen Antrag damit, daß die Tictel-Schwindelereien auf den Rennplätzen in neuerer Zeit geradezu überhand nähmen. Der Gerichtshof erkannte aus demselben Gesichtspunkte auf neun Monate Gefängnis und ordnete auch wegen Falschverdrachts die sofortige Verhaftung des Angeklagten an.

**Einen empfindlichen Denkwitzel** erhielt gestern der Führer eines Schlachterwagens, welcher durch unsinnigen Schnellscharen einen Unglücksfall herbeigeführt hatte. Der auf der Anklagebank vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I befindliche Schlächter August Grothkopf fuhr an einem Augusttage in der schnellsten Gasse durch die Straße An

der Fischer-Brücke. Es wurden daselbst Gebäude niedergelegt und da der Bürgerkrieg dadurch gesperrt war, die Fußgänger gezwungen, auf dem Damm zu gehen. Ohne hierauf Rücksicht zu nehmen, jagte der Angeklagte durch die schmale Straße. Ein sechzigjähriger Komptoirbote vermochte nicht rechtzeitig bei Seite zu springen, er wurde von der Scheite des Wagens erfaßt. Krampfhaft hielt er sich fest, um nicht zu Falle zu kommen. Der Angeklagte mochte entweder nicht halten, oder er vermochte es nicht; der alte Mann wurde noch vier Häuser weit mitgeschleppt. Dann fielen einige beherrzte Männer dem Pferd in die Zügel und befreiten den Comptoirboten aus seiner gefährlichen Lage. Der Angeklagte hieb wieder auf sein Pferd ein und fuhr höhnisch davon. Das empörte Publikum verfolgte ihn aber und veranlaßte seine Sistierung. Obgleich der Komptoirbote mit einigen Hautabschürfungen davonkommen, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten vier Wochen Gefängnis, der Gerichtshof ging aber noch über den Antrag hinaus und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

**Unter der Anklage des widerholten Betruges** stand gestern der Kaufmann E. v. Wolgast vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Im Juni kam der Angeklagte mit Frau und Kind hier an. Er hatte in Holland ein Zigarrengeschäft besessen, dasselbe aber nicht halten können und hoffte nun, in der großen Stadt Berlin eine Beschäftigung irgend welcher Art zu finden. Er läutete sich, wie schon so viele vor ihm sich getäuscht hatten. Die wenigen Baarmittel die er mitgebracht, waren bald verzehrt, es mußte der Kredit in Anspruch genommen werden und um solchen zu erhalten, griff der Angeklagte zu falschen Vorspiegelungen. Seinen Wirthsleuten erzählte er, daß er demnächst seinen Onkel, einen Majoratsbesitzer, beerben werde, er prohte ferner mit seinen Beziehungen zu vornehmen Personen, welche leider auf Reiten sich befanden und schließlich zeigte er einen Kontrakt vor, um zu beweisen, daß er bereits eine einträgliche Stellung gefunden hatte und am Monatsfluß Gehalt bekommen würde. Dieser Kontrakt war ein alter, aus einer früheren Stellung in Hamburg stammender und theilfächlich versuchte der Angeklagte sich als Provisorsreisender für ein Patent-Bureau. Wie er selbst zugab, hat er nicht ein einziges Geschäft abgeschlossen und somit keinen Pfennig verdient. Schließlich mußte das Geld über ihn hereinbrechen. Die Leute, die ihm Kredit geschenkt, sind um ca. 400 M. insgesammt geschädigt worden. Der Angeklagte war im Wesentlichen geständig und führte nur seine verarmte Lage als Milderungsgrund an. Der Gerichtshof berücksichtigte diese sowie die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, indem auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erkannt wurde, wozon zwei Monate durch die Untersuchungsfrist in Anrechnung gebracht werden sollen.

**Wegen eines Hausfriedensbruches in einer Herberge zur Heimath** wurde gestern der Schriftsteller Gustav Rastke vor der V. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Derselbe nahm am 16. November v. J. Aufenthalt in der vom Herrn St. Michael in der Köpenicker Straße eingerichteten Herberge zur Heimath und erklärte dem Hausvater Schröder, daß er wahrscheinlich ein Zimmer auf drei Tage gebrauche. Es wurde ihm bedeutet, daß nach der Hausordnung in solchen Fällen die Zimmermiete mit 1 Mark täglich voraus zu bezahlen sei. Am zweiten Tage, als dieser Betrag von ihm abverlangt wurde, weigerte er sich, zu bezahlen, ließ sich aber von der Benutzung des Zimmers nicht abhalten, sondern drang in dasselbe, verriegelte die Thür und warf sich auf das Bett. Er war auch nicht zu bewegen, das Zimmer zu verlassen, so daß schließlich der Hausvater Schröder Polizei herbeiholen mußte, welcher Nichts übrig blieb, als gewaltsam in das Zimmer zu dringen und den Widerspannigen fortzutragen. Derselbe erklärte dabei wiederholt, daß er nur einmal habe sehen wollen, wie weit die christliche Nächstenliebe in den Herbergen zur Heimath gehe. Das Schöffengericht hatte f. B. auf Einstellung des Verfahrens erkannt, weil es der Meinung war, daß ein Strafverfahren des Besitzers des Hauses, des Kammerherrn Geh. Reg. Rathes Grafen von Bernstorff, sowie des Hausvaters nicht genügen, der Strafverfahren v'el'mehr von dem Vorstande des „Vereins St. Michael“ ausgehen müsse. Die Berufungskammer hielt diese Ansicht für eine irrige, da der Hausvater für die betr. Räume eine eigene Konzeption besitzt und der Angeklagte wurde deshalb zu 5 Tagen Gefängnis verurtheilt.

## Soziale Uebersicht.

**Anruf! An sämtliche Berliner Gewerkschaften.** Im Anschluß an unseren letzten veröffentlichten Aufruf sehen wir uns, da wir auf verschiedene Fabriken die Sperre nothgedrungen verhängen mußten, nunmehr genöthigt, an das Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeiterchaft Berlins zu appelliren. Beangelt die Berliner Tabakarbeiter im Allgemeinen in letzter Zeit dadurch gesündigt haben, daß sie bisher der Organisation fernstanden, so können wir nunmehr mit Genugthuung auf die jetzige Bewegung blicken. Nicht zu Hunderten, sondern zu Tausenden nehmen die in der Tabakbranche befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen an den stattfindenden Versammlungen Antheil, und können wir uns jetzt der guten Hoffnung hingeben, daß das Erwachen in unseren Reihen immer mehr und mehr um sich greifen wird. Bitten und flehen um Unterstützung ist eines Arbeiters gegenüber Seinesgleichen unwürdig, und daher mag ein Jeder nach seinem eigenen Ermessen handeln, wie er glaubt es mit sich vereinbaren zu können. Sollte sich für die hiesige Lohnbewegung eine erge Theilnahme der Gewerkschaften zeigen, so glauben wir das Versprechen geben zu können, daß wir reichlich aus dem Kampfe gegen die Kapitalmacht hervorgehen werden. Dieser Sieg wird aber kein einseitiger bleiben, sondern wir werden auf jeglichem Gebiete einen Erfolg dadurch erlangen. Außerdem können wir jetzt schon mittheilen, daß eine Anzahl Fabrikanten voll bewilligt haben und mit einer andern Anzahl Vereinbarungen getroffen worden sind. Ueber den Stand der Organisation können wir leider, indem hier selbst eine behördliche Einschreitung stattfand, vorläufig keine Mittheilung machen. Berlin, den 9. November 1889. Die Lokalkommission. J. F.: G. Gumpel, W. Herrmann. — Sämmtliche Sendungen sind an Herrn R. Drescher, Berlin N., Rheinsbergerstraße Nr. 12, III, zu richten, wie zu weiteren Mittheilungen Herr G. Gumpel, Berlin NO, Barnimstraße Nr. 36, zu jeder Zeit bereit ist.

**Der Grobtrieb in der Bierbrauerei** macht rapide Fortschritte. Im Braukerngebiet betrug die Zahl der Brauereien, welche an Brauksteuer entrichteten:

	1872	1887/88
bis 15 M. . . . .	3110	1317
über 15—60 M. . . . .	1971	830
„ 60—300 M. . . . .	3642	2018
„ 300—600 M. . . . .	1701	1298
„ 600—1500 M. . . . .	1896	1734
„ 1500—6000 M. . . . .	1441	1700
„ 6000—15 000 M. . . . .	271	451
„ 15 000 M. . . . .	125	291

Die Klein- und Mittelbetriebe müssen den großen Betrieben Platz machen, die den Markt beherrschen kraft ihres Kapitals, kraft ihrer Technik, kraft der großen Anzahl der von ihnen ausgenützten Arbeiter.

**Die sächsischen Handelskammern** gehören zu den far-  
teübrüderlichsten Organisationen unseres Bürgertums. Die

